

Statusbericht Bürgerhaushalt 2008

Grünflächen

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
1	1349	Hände weg vom Kölner Grün

Vorschlagstext

In Köln werden zu viele Genehmigungen für Baumfällungen erteilt oder illegal gefällt. Es dauert ein Menschenleben, bis ein neuer Baum wieder ein Baum ist mit all seiner ökologischen Vielfalt. Deswegen das Grünflächenamt stärken mit mehr Personal und für die Bürger mehr Infos und Öffentlichkeitsarbeit bei Pflegemaßnahmen und Fällungen im Inneren und Äußeren Grüngürtel und in den vielen kleinen Parks.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

2008 werden alle vakanten Stellen nach den festgelegten Sollzahlen im Grünbereich nach besetzt sein. Entsprechende Personalauswahlverfahren sind eingeleitet. Für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurde im Dezember 2007 die zusätzliche Einrichtung und Besetzung einer entsprechenden Stelle beantragt. Für zusätzlichen Aufgaben und deren Umsetzung insbesondere die Vergabe von Pflegemaßnahmen und deren Ausführungskontrolle werden mindestens ein Gartenbauingenieur und ein Gärtnermeister benötigt. Bei größeren Fällaktionen wird die Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen informiert. Rückschnittmaßnahmen werden der Öffentlichkeit vor Ort erläutert. Bei Fällungen aus Verkehrssicherungsgründen muss zum Teil sofort gehandelt werden, so dass eine Information der Bürger und Bezirksvertretungen vorab nicht möglich ist. Die Bezirksvertretungen werden regelmäßig über die durchgeführten Baumfällungen informiert.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Stellen nach den festgelegten Sollzahlen sind im Grünbereich besetzt bzw. es werden vakante oder vakant werdende Stellen nachbesetzt. Entsprechenden Personalauswahlverfahren sind eingeleitet. Die vorgesehene Zusetzung einer/eines zusätzlichen Gartenbauingenieurs/in und Gärtnermeisters/in konnte durch Verzögerungen im Stellenfreigabeverfahren noch nicht realisiert werden.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
2	2700	Freizeitpark Lövenich

Vorschlagstext

Lövenich wächst, Generationen wachsen zusammen... Wir haben bereits Mitte 2006 ein innovatives Nutzungskonzept für Jung und Alt erarbeitet. Wir stellen uns eine generationsübergreifende, offene Freizeitanlage mit natürlicher Begrünung, Sitzbänken, Grillplatz und Breitensportcharakter vor. Einen Platz haben wir bereits gefunden: Das Konzept ließe sich kostengünstig durch eine Umgestaltung des vorhandenen Sportplatzes an der Widdersdorfer Landstraße realisieren. Zudem könnten Fördermittel bei der Europäischen Union und dem Bundesministerium von Frau von der Leyen in Anspruch genommen werden. Lövenicher Architekten haben das Ganze kosten neutral für uns (gemeinnützig anerkannter Verein) geplant. Der bisherige (alleinige) Nutzer des Sportplatzes wird ab Mitte 2008 alle Aktivitäten auf eine neu konzipierte Anlage verlagern. Bereits jetzt wird dieses Objekt zu einem Spielplatz für Investoren, die -mal wieder- einen neuen Discounter und hochpreisige Eigentumswohnungen betonieren wollen. Aus der Flugzeugperspektive betrachtet, ist Köln sehr grün- aber was haben wir in Lövenich davon? 9000 Lövenicher/ innen möchten auch noch etwas Grün vor der Haustür. Bitte unterstützen Sie uns und unser Anliegen mit Ihrer Stimme!!! Gerne stellen wir Ihnen unser Nutzungskonzept im Detail vor. E-Mail: post@loevenich-im-brennpunkt.de
Postanschrift: Lövenich im Brennpunkt e.V., Ahrstraße 7, 50859 Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Mittel für die lfd. Pflege und Unterhaltung stehen im Haushaltsplan bereit. Nach einem Beschluss vom 12.12.2005 spricht sich die Bezirksvertretung Lindenthal für den Erhalt der Sportfläche Widdersdorfer Landstraße und gegen den Verkauf der Fläche aus. Der SV Lövenich/Widdersdorf mit seinen ca. 1.500 Mitgliedern benötigt derzeit die Sportanlage für den Vereinssport. Eine Abweichung vom Verwendungszweck wird von der Sportverwaltung nicht angestrebt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

In der Angelegenheit haben die Vertreter/-innen der Bürgerinitiative auf der Abschlussveranstaltung zum 1. Kölner Bürgerhaushalt am 30.10.2008 auch Kontakt mit der Sportverwaltung aufgenommen. Es wurde vereinbart, in Kürze ein Gespräch zu terminieren. Dabei soll das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit diskutiert und abgestimmt werden (u. a. Klärung sportfachlicher Bedarf, Kosten für die Umwandlung, Zeitschiene etc.).

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
3	6079	ZOO IN DEUTZ

Vorschlagstext

Auf dem Gelände des ehemaligen Kindergartens "Neuhöfferstr. 12" existiert noch eine ca. 500 qm ungenutzte wunderschöne Gartenfläche. Diese Fläche wird von den Mietern des Kindergartens nicht benutzt und steht somit zur freien Verfügung. Ein Streichelzoo mit kleinen Tieren „Hasen, Hamster, Kaninchen... usw.“ könnte diesem Garten eine neue sinnvolle Nutzung ermöglichen. Alle Kinderherzen würden höher schlagen. Sie könnten kostenlos und spielend den Umgang mit heimischen Tieren erleben, der Ihnen in der urbanen Stadt ganz verloren gegangen ist. Kindergärten und Schulen könnten für den Streichelzoo Pate stehen, und die Pflege teilweise selbst organisieren. Ein öffentlicher Schrebergarten mit Tieren für Kinder.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die angesprochene Gartenfläche ist Bestandteil des Schulgrundstücks Neuhöffer Straße 12. Das Schulhauptgebäude wird als Außenstelle des Berufskollegs 17 Eitorfer Straße genutzt. Die vorhandenen Fertigbauten, in denen vormals eine Kindertagesstätte untergebracht war, sind einschließlich der dazugehörenden Freifläche (Gartenfläche) auf unbefristete Zeit an externe Nutzer (Künstler) vermietet. Das Gelände steht somit zurzeit nicht für andere Zwecke zur Verfügung. Der Vorschlag wird befürwortet, wenn die Mieter der Fläche diese zur Verfügung stellen und eine nachhaltige Betreuung durch Paten sichergestellt werden kann.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die unbefristeten Mietverhältnisse mit den Künstlern bestehen weiter fort.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4	2012	Kein Ausbau Godorfer Hafen

Vorschlagstext

Der größte Teil des Kölner Südens würde es begrüßen, wenn man das Naturschutzgebiet "Sürther Aue" erhält, anstatt in den Ausbau des Godorfer Hafens - Kostenpunkt 60 Millionen Euro - zu investieren. Das veranschlagte Geld sollte lieber in weitaus sinnvollere und dringendere Maßnahmen in Köln gesteckt werden. Nähere Infos unter "www.suerther-aue-retten.de oder buergerbegehren-hafen.de"

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4a	1651	Sürther Aue unantastbar

Vorschlagstext

Ich schlage vor, das viele Steuergeld, das zum Ausbau des Godorfer Hafens verwendet werden soll, zu sparen. Es wäre zudem nützlich, dem Naturschutz im Kölner Süden mehr Aufmerksamkeit zu widmen, da eh´ schon viel Geld in den Hochwasserschutz fließen muss und fließt und der Neubau eines Hafenbeckens kontraproduktiv wäre. Ich beobachte seit über 10 Jahren, die ich nun im Kölner Süden lebe, wie Ackerland und sonstige Freiflächen mit Neubauten besetzt werden. Zudem droht nun auch die Bebauung des Sürther Feldes. Es ist daher wichtig, die ausgewiesenen Naturschutzflächgen zu erhalten. Das Klima wird nicht bsser ohne sie - und das gilt dann für die ganze Stadt, die von Chemie-Firmen umgeben ist. Man bedenke: wat weg is´, is´weg!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4b	974	hier könnte man viel sparen

Vorschlagstext

Lassen Sie die Sürther Aue so wie sie ist. Jeder Mensch braucht Luft zum Atmen. Dazu brauchen wir die "grünen Lungen". Bitte stoppen Sie den Ausbau des Godorfer Hafens. Sie sparen damit 60 Millionen Euro. Damit können Sie Strassen reparieren, die es dringendst nötig haben. Nicht nur im Osten der BRD.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4c	996	Sürther Aue erhalten

Vorschlagstext

Bürger wehrt Euch gegen den Ausbau des Godorfer Hafens. Wir brauchen das Naturschutzgebiet in unserer Nähe in der es so wieso schon viel Industrie gibt. Wir brauchen definitiv keinen Godorfer Hafenausbau, der dem Kölner Süden nur Lärm, Dreck und hohes Verkehrsaufkommen (inklusive kaputte Straßen) durch die LKW's in Aussicht stellt. Vor allem würde dadurch nur Geld verschleudert, welches besser angelegt werden könnte. Mein Vorschlag: Sparen Sie das Geld vom Hafenausbau und nutzen Sie es für die Sicherheit, Bildung und Sauberkeit in Köln.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4d	968	60 Millionen Euro für das Gemeinwohl!

Vorschlagstext

Kein Ausbau des Godorfer Hafens! Denn das spart mindestens 60 Millionen Euro. Ein Containerhafen in Godorf ist unwirtschaftlich. Dieses Geld könnte sinnvoller in Stadtbäder (die eins nach dem anderen geschlossen werden), in Anlagen für den Schulsport, in die Gestaltung von Plätzen, wo für Jung und Alt, Klein und Groß tatsächlich Möglichkeiten der Begegnung und Kommunikation geschaffen werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4e	2926	Grünflächen erhalten statt Hafen bauen

Vorschlagstext

Warum werden in Köln für viel Geld Grünflächen zerstört, wobei der Godorfer Hafen wirtschaftlich nicht sinnvoll ist und wieder ein Naherholungsgebiet zerstört wird. Ich schlage vor das Naturschutzgebiet Sürther Aue zu erhalten, keinen Hafen zu bauen und uns, den Kölner Bürgern, viel Geld zu sparen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4f	981	Erhalt der Sürther Aue

Vorschlagstext

Ich halte es für wirtschaftlicher, die Kapazität des Niehler Hafens auszuweiten und dadurch ein sehr stark frequentiertes Naherholungsgebiet zu erhalten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinandergesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4g	1815	Erhalt der Sürther Aue

Vorschlagstext

Der Erhalt der Sürther Aue würde Millionen sparen, weil damit der Hafen nicht gebaut würde. Eine Prüfung, ob der Niehler Hafen nicht stattdessen besser genutzt werden würde, wäre erwünschenswert. Auenvogel

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinandergesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

4h 5443 kein geld ausgeben für hafenausbau, zerstörung eines naturschutz- gebiets

Vorschlagstext

kein ausbau des godorfer hafens und damit erhalt des naturschutzgebiets sürther aue bzw. einsparung von 60 mio. eur

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

4i 750 60 Mio sparen!

Vorschlagstext

KEIN Ausbau Godorfer Hafen!! Bürgerbeteiligung bei wichtigen Ausgaben!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
4j	1173	Naturschutz Sürther Aue

Vorschlagstext

Ich fordere mehr Geld in den Naturschutz (z.B Sürther Aue) zu investieren und stattdessen viel, viel Geld für den Ausbau des Godorfer Hafens zu sparen. Denn das hat sicher nichts mehr mit Umweltschutz oder Bürgerfreundlichkeit zu tun und neue Arbeitsplätze werden auch nicht geschaffen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
4k	953	Sürther Aue erhalten

Vorschlagstext

Die Sürther Aue ist eines der wenigen Naturschutzgebiete in Köln. Umzingelt von Chemieanlagen, Gewerbe, Autobahn und Wohnbebauung ist die Sürther Aue eine kleine Oase, die Tieren und Pflanzen Heimat und Lebensraum bietet in dieser unwirtlichen Umgebung. Wir Menschen brauchen die Natur - sie ist auch Heimat für uns.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

4l 2995 Keine 60 Millionen Euro verpulvern !!!!!

Vorschlagstext

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ausbau des Godorfer Hafens ist nicht nötig und somit auch nicht nachvollziehbar. Die anfallenden Kapazitäten können ohne weiteres auf den Niehler Hafen ausgeweitet werden und den Menschen im Kölner Süden bleibt das beliebte Erholungsgebiet "Sürther Aue" bestehen. Wenn ich an die politischen Entscheidungen in dieser Angelegenheit denke, macht sich grenzenlose Wut in meinem Bauch bemerkbar. Wenn unsere Politiker im Rat der Stadt Köln auch nur einen Funken Anstand besitzen, würden sie endlich mal den Kopf zum Denken gebrauchen und 60 Millionen Euro !!! nicht für einen Hafenausbau verschwenden, den eh niemand will, sondern das Geld an den Stellen einsetzen, wo es auch dringend benötigt wird. Hauptsache das Konto der Herren ist monatlich dick gefüllt. Mit freundlichen Grüßen Oliver Müller

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinandergesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

4m 979 Godorfer Hafen erhalten = 30 Mio. EUR sparen

Vorschlagstext

Die Überschrift sagt alles. Diese unsinnige geplante Investition kann sich die Stadt Köln sparen und das Geld in etwas sinnvollem investieren.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinandergesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
4n	1873	Sürther Aue

Vorschlagstext

Erhalten Sie die Sürther Aue und stoppen Sie den Hafenausbau. Das verhindert eine wirtschaftliche Fehlinvestition, rettet ein wichtiges Naherholungsgebiet und spart 30 Mio. €. Dieses Geld sollte in eine sinnvolle Jugendarbeit investiert werden, um die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbau haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
4o	957	Erhalt der Sürther Aue

Vorschlagstext

Kein Hafenausbau

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbau haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinander gesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4p	769	Kein Ausbau Godorfer Hafen

Vorschlagstext

das sind 60 Mio in den Sand gesetzt u. ein Nat.-Schutzgebiet vernichtet!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bezirksregierung Köln hat am 30.08.2006 den Plan der Häfen und Güterverkehr Köln AG zum Ausbau des Hafens Köln-Godorf um ein weiteres Hafenbecken (Becken IV) mit der entsprechenden Hafeninfrastuktur festgestellt. Auf der Basis dieses Planfeststellungsbeschlusses und eines weiteren Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus haben sich der Rat der Stadt Köln und mehrere Fachausschüsse des Rates mit dem Thema auseinandergesetzt. Als Ergebnis dieser intensiven politischen Diskussion hat sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 30.08.2007 mehrheitlich für den Ausbau des Godorfer Hafens ausgesprochen. Gegen diesen Ratsbeschluss hat eine Bürgerinitiative der Ausbaueegner ein Bürgerbegehren gestartet, entsprechende Unterschriften gesammelt und der Verwaltung übergeben. Nach einer Prüfung beim Amt des Oberbürgermeisters hat der Rat in seiner Sitzung am 29.01.2008 festgestellt, dass das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ unzulässig ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
5	2777	Gestaltung, Reinigung und Pflege des Bunkerspielplatzes an der Helenenwallstraße in Köln-Deutz

Vorschlagstext

Dieser Spielplatz wurde vor ein paar Jahren restauriert, doch leider nur halbherzig. Die Spielgeräte werden von den Kindern genutzt, die Problematik ist eine andere: So fehlt z.B. ein bis zum Boden reichender, engmaschiger Zaun zur viel befahrenen Helenenwallstraße, so dass regelmäßig Bälle der Kleinkinder auf die Straße rollen - denen diese natürlich hinterhereilen. Es ist hoffentlich nicht nur eine Frage der Zeit bis dort ein Unfall passiert. Zudem kommen die Fahrzeuge aus Richtung Troisdorfer Straße - trotz Tempo 30 Zone - oft mit überhöhter Geschwindigkeit. Ausgerechnet vor dem Spielplatz (Ecke Rupertusstraße) fehlt eine konsequente Verkehrsberuhigung, wie sie interessanterweise im weiteren Verlauf der Helenenwallstraße vorzufinden ist. Die übrige Peripherie des Spielplatzes ist größtenteils mit begrünten Wegen, Wiese und Gebüsch umgeben. Dieser - eigentlich sehr schöne Umstand - wird umgekehrt, da diese Flächen von so manchem rücksichtslosen Hundebesitzer genutzt werden, um sie von Ihren Hunden zukoten zu lassen. Darüber hinaus wird Müll und Unrat abgeladen, wodurch Ratten angelockt werden. Sogar mancher Mitbürger nutzt den Bereich - wunderbar vor Blicken geschützt - um dort sein Geschäft zu verrichten. Für Kinder, die gerne in Gebüsch laufen und im allgemeinen, ist das eine Zumutung. Daher sollte der Spielplatz so eingezäunt sein, dass die fließenden Grenzen verschwinden. Der Grünbereich, insbesondere zur Straße "An der Bastion" und hinter dem Bunker sollte ausschließlich den Kindern zur Verfügung stehen und in den Spielplatzbereich konsequent einbezogen werden. Weiterhin ist der Teil hinter dem Bunker verwahrlost und wird offenbar - wie der gesamte Spielplatz - selten gereinigt. Dort findet man haufenweise Glasscherben, die eine erhebliche Gefahrenquelle für die Kinder darstellen. Da zudem dieser Bereich sehr lieblos gestaltet ist (ein einzelner Basketballkorb auf wenigen qm Fläche) unterstütze ich die Installation eines Bolzplatzes an dieser Stelle, wie in Vorschlag 1361 beschrieben. Auf diese Weise bräuchten die größeren Kinder nicht mehr gegen den Bunker zu schießen und kämen mit den kleineren Kindern nicht ins Gehege.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Errichtung einer Bolzplatzanlage ist nicht möglich, weil die für eine solche Anlage zwingend notwendigen Abstandsflächen nicht vorhanden sind. Aufgrund des Hinweises aus dem Vorschlag wird der genannte Bereich durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant. Was die Geschwindigkeitskontrollen betrifft, so sind diese vor schutzwürdigen Einrichtungen (z.B. vor einem Kinderspielplatz) grundsätzlich möglich. Deshalb wird hier vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik anhand einer örtlichen Begehung die Einrichtung eines Messplatzes geprüft und bei Vorliegen der messtechnischen Voraussetzungen auch vorgenommen. Danach erfolgt die Überwachung im Rahmen der personellen Möglichkeiten. Aufgrund einer vertraglichen Regelung zwischen dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) erfolgt die Reinigung der Grünanlagen und der Spielplätze seit 2007 durch die AWB. Die Reinigung erfolgt im Sommer wöchentlich, im Winter alle zwei Wochen. Hinsichtlich der Frage der Verkehrsberuhigung wurde die zuständige Abteilung eingeschaltet, die die Situation vor Ort prüfen muss.

Ausschuss	Bezirk
JHA, UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Die Errichtung eines Bolzplatzes wurde abgelehnt. Die übrigen Punkte des Vorschlages wurden zur Kenntnis genommen bzw. teilweise bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Es wird vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik anhand einer örtlichen Begehung die Einrichtung eines Messplatzes geprüft und bei Vorliegen der messtechnischen Voraussetzungen auch vorgenommen. Danach erfolgt die Überwachung im Rahmen der personellen Möglichkeiten. Aufgrund einer vertraglichen Regelung zwischen dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) erfolgt die Reinigung der Grünanlagen und der Spielplätze seit 2007 durch die AWB. Die Reinigung erfolgt im Sommer wöchentlich, im Winter alle zwei Wochen. Hinsichtlich der Frage der Verkehrsberuhigung wurde die zuständige Abteilung eingeschaltet, die die Situation vor Ort prüfen muss.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
6	2988	Trostlosester Spielplatz Kölns für 100e Kinder

Vorschlagstext

Spielplatz Honnefer Platz in Klettenberg: Beton, Beton und nochmals Beton!!!! Viel mehr hat der Spielplatz den mehreren Hundert Kindern in Klettenberg nicht zu bieten. Nicht einmal eine einzige Schaukel oder ein ordentlicher Sandspielplatz. Was sollen die Kinder mit drei Betonhügel, zumal die einzige Attraktionen, das Tunnelsystem darin wegen unzumutbarer Verschmutzung schon vor vielen Jahren abgedeckt werden musste und die Wasserpumpe wegen Überschwemmungen bereits seit 20 Jahren nicht mehr in Betrieb ist. Eine olle Rutsche, eine Wippe und zwei Beton-Tischtennisplatten sind übrig geblieben. Nicht verwunderlich, dass der Spielplatz immer mehr zum Treff von Jugendlichen wird als von spielenden Kindern. Um so tragischer, der "Honni" ist für die 350 Kindern der Stenzelbergschule und den anliegenden Kindergärten die einzige Spiel- und Ausweichmöglichkeit. Es gibt kein Grün und keine gesicherten Zugänge! Die Kinder rennen direkt auf die Straße. Es muss dringend etwas passieren, bevor etwas passiert!!!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Spielplatz Honnefer Platz ist wichtig, weil er der einzige im Umkreis ist, der ohne Überquerung von verkehrsreichen Straßen erreichbar ist. Es lagen bereits mehrere Planungen und Kostenschätzungen für eine Neugestaltung des Spielplatzes vor. Die Umsetzung scheiterte jedoch an fehlenden Mitteln. Der Betonhügel müsste abgerissen werden, da für die Aufstellung einzelner Spielgeräte kein Platz ist, dies ist eine sehr kostenintensive Maßnahme. Hinzu kämen die Gestaltung und die Erneuerung des Zauns um den Bolzplatz herum und die Erneuerung des Belags. Der Platz wird auch von der Schule genutzt, da der Schulhof sehr klein ist und durch den Ganztagsbetrieb nicht mehr ausreicht. Die Bezirksvertretung hat für diesen Platz ca. 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit die Maßnahme umgesetzt werden kann werden noch erhebliche Mittel benötigt.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Spielplatz wurde umgebaut und am 24.09.2008 neu eröffnet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
7	3555	Spielplatz Kohlplatz in Mülheim

Vorschlagstext

Wir, Annalena (5), Luise (3) und Luer (39) sowie viele andere Kinder und Eltern wünschen sich für unseren o. g. Spielplatz: -Wiederaufbau des zerstörten und nicht wieder aufgebauten Baggers -alternativ an der Stelle: eine Schaukel oder eine Kletter-/Turnstange -neue Mülleimer, die oben geschlossen sind Begründung: Der Spielplatz wurde vor 3 Jahren saniert und wird täglich von bis zu 200 Menschen genutzt (an Wochenenden waren es zum Teil noch mehr...). Der Bagger wurde von größeren Kindern/Jugendlichen zerstört, abgebaut und nicht wieder ersetzt. Die Raben kommen nachts und pflücken den Müll in den Tonnen auseinander. Geschlossene Mülleimer würden das "Müllproblem" leicht lösen. Die Stadtreinigung hätte somit weniger mit verstreutem Müll zu tun und eine einmalige Reinigung in der Woche wird weiterhin reichen. Ansonsten müsste die Stadtreinigung demnächst auch an einem zweiten Termin kommen. Die Kletter-/Turnstange könnte ein Beitrag zu mehr Sportlichkeit auf dem Spielplatz und auch für etwas ältere Kinder sein. Geschätzte Kosten: 4 Mülleimer plus z. B. Stange inkl. Aufbau: unter 1000,00 Euro.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Dem Vorschlag wurde insoweit zugestimmt, dass der Spielplatz mit neuen Spielgeräten ausgestattet werden kann. Was die zusätzlichen neuen Mülleimer betrifft, so kommen keine geschlossenen Mülleimer in Betracht. Die neuen Modelle die vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen aufgestellt werden, haben jedoch eine kleinere Öffnung als die alten Müllbehälter, sodass Vögel kaum noch den Müll aus dem Behälter holen können.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Mülheim

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
8	1549	Straßenbäume

Vorschlagstext

So viel Geld wie möglich muss in die Anpflanzung neuer Straßenbäume investiert werden. Die Fällungen in den vergangenen Jahren haben das Klima in Köln verschlechtert. Mein Vorschlag ist ein volkswirtschaftlicher Sparvorschlag, denn Bäume senken die Temperatur in den jeweiligen Straßen und verringern damit die Zahl der Herzanfälle (es gibt entsprechende med. Gutachten dazu), sie verbessern die Luftqualität und senken den Lärm in Wohngebieten, dies dient der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Es dürfen ruhig Auto-Parkplätze für die Anpflanzung genutzt werden, denn ein Autoparkplatz nutzt nur einem einzelnen Autobesitzer, ein Baum nutzt dagegen allen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zurzeit sind 1.857 Straßenbaumfehlstellen registriert. Jährlich müssen im Durchschnitt ca. 200 Straßenbäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden. Im Rahmen der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Mittel sollen 476 Fehlstellen in der Pflanzperiode Herbst/Frühjahr 2007/2008 bepflanzt werden. Darüber hinaus sollen ca. 220 Bäume in Grünanlagen und auf Spielplätzen als Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden. Die Mittel dafür wurden im Haushaltsplan-Entwurf der nächsten Jahre angemeldet. Um die Fehlstellen schneller zu besetzen wurden die Mittel hierfür erhöht.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. Die Pflanzmaßnahmen werden zur Zeit ausgeschrieben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
8a	3918	Pflanzung von Bäumen

Vorschlagstext

Dieser Vorschlag wurde schriftlich eingereicht und von der Redaktion eingegeben: Anonym wird folgendes vorgeschlagen: Pflanzung von 10 neuen Bäumen für jeden abgesägten Baum.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zurzeit sind 1.857 Straßenbaumfehlstellen registriert. Jährlich müssen im Durchschnitt ca. 200 Straßenbäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden. Im Rahmen der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Mittel sollen 476 Fehlstellen in der Pflanzperiode Herbst/Frühjahr 2007/2008 bepflanzt werden. Darüber hinaus sollen ca. 220 Bäume in Grünanlagen und auf Spielplätzen als Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden. Die Mittel dafür wurden im Haushaltsplan-Entwurf der nächsten Jahre angemeldet. Um die Fehlstellen schneller zu besetzen wurden die Mittel hierfür erhöht.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. Die Pflanzmaßnahmen werden zur Zeit ausgeschrieben.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
9	1154	Biodiversität fördern und Kosten sparen durch Wildblumen- ansaat

Vorschlagstext

Viele Grünflächen werden mehrmals im Jahr gemäht. Eine Wildblumenwiese muss nur zwei mal im Jahr gemäht werden. Ich schlage vor, alle Neugrünflächen und Teile der bestehenden Flächen mit anerkannten heimischen Wildblumenmischungen anzusäen um die Mähkosten zu sparen und gleichzeitig etwas für die Biodiversität und den Erholungswert zu tun: Wildblumen erhöhen die Anzahl der Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und Vögel, reine Grünflächen sind öde.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen sind rund 260 ha als arbeitsparende Pflegeflächen mit zweimaligem Schnitt in Jahr ausgewiesen. Bei der Anlage von Wildblumenwiesen ist zu berücksichtigen, dass diese Flächen teilweise durch Schafe beweidet oder als Hundeauslaufflächen ausgewiesen sind. Ferner sind die Nutzungsansprüche der Bürger der Grünflächen als Liegewiese, für sportliche Betätigungen, Spiele etc. zu berücksichtigen. Die Anlage von Flächen als Wildblumenwiesen wird im Einzelfall geprüft. Es ist zu bedenken, dass die Anlage einer Wildblumenwiese nicht mit Einsparungen, sondern eher mit höheren Pflegekosten (Aufnahme und Entsorgung des Mähgutes) verbunden ist. Daher wurde der Vorschlag abgelehnt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
9a	3721	Wildwiesen in Parks

Vorschlagstext

Es wäre richtig was fürs Auge und auch für die Natur, wenn EIN TEIL der Rasenflächen in unseren Parks in Wildwiesen umgewandelt würde. Damit meine ich Wiesen, auf denen viele verschiedene wilde Gräser und Wildblumen wachsen. Da finden Insekten Nahrung, und über viele Insekten freuen sich die Vögel. Das wäre ein Stück mehr Natur für die Stadt. Außerdem sehen solche Wildwiesen schön "plüschig" aus und haben eine hübsche unterschiedliche Farbtonung je nach Jahreszeit. Wer das Naturschutzgebiet am Westend kennt: So ähnliche Flächen könnten das sein. Der angenehme Nebeneffekt für die Stadt wäre nicht nur, dass die Natur gestärkt würde, sondern man müsste auch weniger Flächen pflegen und mähen. Das spart Geld. Außerdem ist anzunehmen, dass auf diesen Flächen weniger Müll anfällt, weil zum Liegen und Picknicken die Rasenflächen genommen werden. Das heißt, das Areal zur ständigen Pflege wird kleiner.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen sind rund 260 ha als extensive Pflegeflächen mit zweimaligem Schnitt in Jahr ausgewiesen. Bei der Anlage von Wildblumenwiesen ist zu berücksichtigen, dass diese Flächen teilweise durch Schafe beweidet oder als Hundeauslaufflächen ausgewiesen sind. Ferner sind die Nutzungsansprüche der Bürger der Grünflächen als Liegewiese, für sportliche Betätigungen, Spiele etc. zu berücksichtigen. Die Anlage von Flächen als Wildblumenwiesen wird im Einzelfall geprüft. Es ist zu bedenken, dass die Anlage einer Wildblumenwiese nicht mit Einsparungen, sondern eher mit höheren Pflegekosten (Aufnahme und Entsorgung des Mähgutes) verbunden ist. Daher wurde der Vorschlag abgelehnt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
10	1430	Hunde statt Kinder - nur Schilder reichen nicht

Vorschlagstext

So lobenswert die Idee ist, Freilaufflächen für Hunde auszuzeichnen (Bsp. Raderthal, Zollstock), so schlecht ist die Umsetzung. Schlecht aus drei Gründen: 1) Die Schilder sind winzig 2) Die Annahme, dass Hundebesitzer sich an Schilder stören würden ist hoffnungslos naiv 3) Es gibt keine Sanktionen Wer schon einmal zu den Hundehauptverkehrszeiten (z. B. gegen 18 Uhr, Sonntags etc.) zwischen Südstadt und Radethal in den Parks unterwegs war und kleine Kinder hat, wird es sich in Zukunft zweimal überlegen, die öffentlichen Spielplätze noch aufzusuchen. Ich persönlich habe nach ca. 10 Versuchen, keine Lust mehr, ständig gestresst Ausschau nach Hundekot oder Hunden (gerne auch Kampfhunde ohne Maulkorb (aus dem Tierheim Süd?)) zu halten. Auch Hunde auf den Spielflächen selbst sind mir dabei schon zweimal begegnet (man sieht: auch Zäune und Tore helfen nicht). Ergebnis: Ich setze mich ins Auto und fahre zu rel. hundefreien Spielplätzen (Forstbotanischer, Hürth etc.). Warum ist es in Köln nicht möglich, Hundebesitzer, die ihre Hunde auf Spielwiesen laufen und ihr Geschäft verrichten lassen, angemessen zu bestrafen? Wenn ich in einer Ladezone stehe und eine Flasche Milch kaufe, bekomme ich ja auch ein Knöllchen und hierbei wird eigentlich niemand belästigt oder gefährdet. Und Mehreinnahmen sind problemlos möglich. Sind alle Politiker Hundebesitzer? Geht nicht gilt nicht: Die Stadt Frankfurt a. M. hat ordnungspolitisch ihr Hundekotproblem in der Innenstadt vorbildlich in den Griff bekommen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es wird eine neue deutliche Kennzeichnung der Hundefreilaufflächen vorgenommen. Bei ca. 90 Hundefreilaufflächen und 4 Kennzeichnungen pro Hundefreilauffläche bei rund 125 EUR pro Schild entstehen Kosten in Höhe von ca. 45.000 EUR. Der Plan der Hundefreilaufflächen und die Darstellung im Internet wurden überarbeitet und bereitgestellt. Die Einhaltung der Grünflächenordnung, in der u. a. die Regelungen zu Hundefreilaufflächen und Hundeführung in Grünanlagen geregelt ist, wird nach wie vor durch das Amt für öffentliche Ordnung durchgeführt. Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog für Verstöße nach der Grünflächenordnung und der Kölner Straßenordnung wurde zuletzt durch die Stadt Köln im November 2006 erhöht, wobei die Beträge zur abschreckenden Wirkung bis zur Obergrenze des rechtlich durchsetzbaren angehoben wurden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Zeit werden Angebote von Firmen eingeholt. Die Aufstellung von Schildern ist für das Frühjahr 2009 vorgesehen. Im Bürgerhaushalt sind hier 20.000 EUR für 2008 und 25.000 EUR für 2009 veranschlagt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
11	3743	Parkcafe im Rheinpark in Köln Deutz

Vorschlagstext

Mein Vorschlag: Geld ausgeben für die denkmalgerechte Sicherung des Parkcafes aus den 50er Jahren im Rheinpark (das weiße Gebäude mit dem nierenförmigen Dach im Parkinneren!). Das Gebäude droht durch marode Dachabdichtungen, fehlende Entwässerungen und rostende Metallteile völlig unterzugehen. Bitte stimmen Sie für eine dringend notwendige Sicherung des Denkmals, die für den weiteren Erhalt durchgeführt werden muß!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, beabsichtigt seit längerem, das Parkcafe im Rheinpark im Wege der Erbbaurechtsbestellung zu übertragen. Der zukünftige Erbbauberechtigte soll das Objekt denkmalgerecht sanieren und dann auch denkmalgerecht nutzen. Grob geschätzt sollen die Kosten der Sanierung ca. 3 Mio. EUR betragen. Da die bisherigen Verhandlungen mit Interessenten nicht zum Erfolg geführt haben, liegt zurzeit dem Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften ein Textvorschlag zur Ausschreibung des Objektes in der überregionalen Presse (deutschlandweit) vor. Es ist jedoch nicht sicher, ob tatsächlich jemand das Objekt übernimmt. Das Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften hat daher vorsorglich die zur Sanierung benötigte Summe im Haushalt angemeldet, um ggfs. selbst das Objekt vor dem Verfall zu retten. Es entstehen keine zusätzlichen Kosten, weil der Betrag im Haushaltsplan 2008 bereits eingeplant ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Ausschreibung des Objektes erfolgte im März 2008. Einer der Interessenten hat eine Alleinstellungs-Option bis zum 31.01.2009 erhalten. Bis zu diesem Zeitraum wird der Interessent auf seine Kosten die komplette Planung zum Zweck der Betriebsaufnahme erstellen und als baugenehmigungsbedürftige Vorhaben mit allen zu beteiligenden Ämtern abstimmen. Ebenso wird er die Finanzierung abschließend klären. Zum 01.02.2009 soll eine verbindliche Mitteilung des Interessenten vorliegen. Sollte eine Erklärung des Interessenten bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorliegen, werden die Verhandlungen mit anderen Interessenten wieder aufgenommen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
12	2031	Sauberkeit und Sicherheit in Köln

Vorschlagstext

Die Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten bezüglich Sauberkeit und Sicherheit, z.B. Müll wegwerfen, auf die Straße spucken, Vandalismus, Farbschmierereien an Häusern und Wänden, Hundekot, u.a., sollen erhöht und konsequent eingefordert werden - ähnlich wie bei Falschparkern. Der Stab an Ordnungsbeamten soll stark erhöht werden. Durch eine konsequente Umsetzung hätten sich diese Mitarbeiter im Nu amortisiert. Überschüsse aus den Bußgeldern sollen in die Sauberkeit und Verschönerung der Stadt investiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog für Verstöße nach der Grünflächenordnung und der Kölner Straßenordnung wurde zuletzt durch die Stadt Köln im November 2006 erhöht, wobei die Beträge zur abschreckenden Wirkung bis zur Obergrenze des rechtlich durchsetzbaren angehoben wurden. Sofern die Tatbestände unter den landeseinheitlichen Bußgeldkatalog Umwelt fallen, sind weitere Erhöhungen bei vielen Tatbeständen nicht möglich, da die Verwarngelder der Stadt Köln bereits am oberen Rand des Bußgeldrahmens angesiedelt sind. Der Bußgeldkatalog Umwelt hat Richtliniencharakter für die Kommunen und ist von diesen grundsätzlich zu beachten. Weitere Erhöhungen würden sich daher nicht mehr an den vorgegebenen Rahmen des Bußgeldkataloges Umwelt halten und wären damit rechtlich angreifbar. Die Stadt Köln ist daher bemüht, eine Erhöhung der Verwarn- und Bußgelder in dem Bußgeldkatalog Umwelt zu erreichen. Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit und Sicherheit sind weiterhin Aufgabenschwerpunkte des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesen Bereichen konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies der Hauptaufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
13	1369	Müllberge nach Grillorgien

Vorschlagstext

Im Sommer immer das gleiche Bild. Rund um den Aachner Weiher treffen sich Scharen von Grillfreunden bei schönem Wetter. Dass man in der Innenstadt die Möglichkeit hat, diese Flächen dafür zu nutzen, finde ich einfach klasse! ABER! Samstags- und Sonntagmorgens ist das Grauen groß, denn es liegen BERGE von Müll auf den Wiesen und rund um die Minimülleimer. Die gesamte Grünfläche ist verschandelt, es riecht und Unmengen von Müll, Dreck und Essensreste locken Ratten an. Ich finde das furchtbar. Es müssen mehr Container zu dieser Jahreszeit aufgestellt werden, die im Sommer in sehr kurzen Abständen geleert werden müssen. Es ist keine Lösung, das Grillen zu verbieten, denn diese Möglichkeit verbreitet Flair und macht die Stadt so attraktiv. Aber gegen das weitverbreitete Schmutzimage muss dringend was getan werden. Die Wiesen rund um den Aachener Weiher sind nur ein Beispiel, wo dem Müll dringend der Kampf angesagt werden muss.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es werden bereits in besonders stark frequentierten Grünanlagen zusätzliche Großbehälter zur Aufnahme von Grillresten und sonstigen Abfällen aufgestellt. Auch am Aachener Weiher stehen im Sommer insgesamt 4 dieser Behälter, die auch bedarfsgerecht entleert werden. Die Aufstellung kann allerdings nicht auf der Wiese selbst, sondern nur auf der nächstgelegenen anfahrbaren Straße erfolgen, da Großcontainer auch nur durch Großfahrzeuge aufgestellt und entleert werden können, die beim Befahren erhebliche Schäden auf der Wiese hinterlassen würden. Die Ausweitung der Aufstellung von Großcontainern hat aber auch gestalterische Grenzen. Eine bessere gestalterische Einpassung der derzeitigen Entsorgungsmöglichkeiten in das Umfeld wird geprüft. Grundsätzlich sind Abfälle wieder mitzunehmen und der ordnungsgemäßen Verwertung/Entsorgung zuzuführen. Die Finanzierung der Beschaffung und Unterhaltung geeigneter Abfallbehälter über die Abfallgebühren ist noch rechtlich zu prüfen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Die 5 Unterflurbehälter (Fassungsvolumen: 5 cbm) wurden am Aachener Weiher installiert und werden regelmäßig durch die AWB entleert. Durch die unterirdische Abfallsammlung entsteht keine Geruchsbelästigung mehr. Die Einwurfsäule der Unterflurbehälter haben einen breiten Einwurf und Deckel. Der Einwurf stellt sicher, dass auch größere Abfälle wie z. B. ein Einwegholzkohlegrill problemlos entsorgt werden können. Der Deckel verhindert, dass Tiere angelockt werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13a	3083	Sauberkeit in Grünflächen

Vorschlagstext

Ich möchte anregen, während der Sommermonate in den bei Kölnern für Picknicks und Grillparties beliebten Grünflächen (z.B. Rheinufer, alle Parks und großen Wiesen) vorübergehend mehr Abfallbehälter aufzustellen und diese am Wochenende (samstags/sonntags) auch gezielt zu leeren. In anderen Städten, auch im Ausland, ist sonntags (mindestens im Sommer) der öffentliche Abfallservice völlig selbstverständlich im Einsatz. Voraussetzung für diese Änderung wäre m.E. eine Flexibilisierung der Arbeitspläne.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehälter aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13b	1982	Mehr Abfallbehälter in Grünanlagen

Vorschlagstext

An den Wochenenden quellen die aufgestellten Abfallbehälter, beispielsweise im Rheinpark, oft über und der Müll wird dann vielfach daneben "abgelegt". Mit mehr und/oder größeren Abfallbehältern könnte man eine notwendige vermehrte Leerung vermeiden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehälter aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13c	1403	2 Fliegen mit einer Klappe - Hundekot + Abfall

Vorschlagstext

Als Hundehalter in Nippes muss ich mich immer auf die Suche nach einem Mülleimer für mein Tütchen mit der Hinterlassenschaft meines Hundes machen. Ich kann mir gut vorstellen, dass lange nicht jeder das "Häufchen" meilenweit bis zum nächsten Mülleimer schleppt. Daher ist mein Vorschlag, dass an Hundewiesen verstärkt Mülleimer aufgestellt werden. Besonders wenn wie im Nippeser Tälchen die Wiese im Sommer gleichzeitig für Gillpartys genutzt wird und manche ihre Hinterlassenschaften (Grillreste, Papier, Windeln, Flaschen!) einfach auf der Wiese liegen lassen. So dass viele Hundebesitzer es sich zur Aufgabe machen, diese Hinterlassenschaften wegzuräumen, um ihre Hunde vor Verletzungen zu bewahren. Wir bringen Mülltüten mit, damit der Müll gesammelt werden kann, Handfeger, um Glasscherben aufzufegen, Sammeln abgenagte Knochen, Papier, Flaschen etc. Ich würde empfehlen, die Mülleimer nicht alle direkt neben Bänken aufzustellen, da sich Personen die auf den Bänken sitzen durch die Kotbeutel der Hundehalter in den Mülleimern neben den Bänken belästigt fühlen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang Vorschl. Nr. Überschrift
13d 3930 Aufstellung von grossen Müllcontainern an Grillwiesen

Vorschlagstext

Nach Sommerlichen Grillabenden im inneren Grüngürtel, z.B. zwischen Vogelsanger- und Venloer Str, werden die Grillreste ordentlich in Müllsäcke verpackt an die überfüllten "Miniabfallkörbe" gestellt. Bis zum nächsten Morgen sind die Säcke von den immer mehr werdenden "Rabenvögel" zerrupft und der Inhalt liegt über eine weite Umgebung zerfleddert herum. Mit 2-3 großen Metallcontainern mit Deckel würde einerseits der Müll der "Griller" gut entsorgt, es brauchten nicht viel Grünflächenarbeiter mühsam den Unrat zusammensuchen und Köln wäre zumindestens an diesen Stellen nicht vermüllt

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss Bezirk
UGG Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang Vorschl. Nr. Überschrift
13e 1267 150 Abfallbehälter mehr in den Grünanlagen

Vorschlagstext

Die Stadt vermüllt, die Abfallbehälter in den Grünanlagen sind viel zu klein und es sind eindeutig zuwenige. Ausserdem müssen sie häufiger geleert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss Bezirk
UGG Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
13f	1599	Mülleimer in Parks

Vorschlagstext

Wir sind Hundebesitzer und räumen den Kot gerne und jederzeit weg. Jedoch sind gerade im Bereich der Hundefreilaufwiesen wenig bis gar keine Papierkörbe vorhanden, um diese zu entsorgen. Dies wird auch ein Grund sein, warum viele Hundebesitzer sich mit der Entfernung des Kotes schwer tun. Gerade im Bereich des Stadtwaldes gibt es viel zu wenig Mülleimer. Die wenigen die da waren, wurden in den letzten 2 Jahren entfernt und nicht wieder ersetzt. In Hamburg und Pulheim wird diese Problematik mit "Dog Stations" gelöst. Auch wenn hierfür "keine Finanzmittel" vorhanden sein sollten, würden einfache Mülleimer ebenfalls diesen Zweck erfüllen. Es geht nicht nur um "uns" Hundebesitzer, sondern um das grundsätzliche Problem: Wohin mit meinem Müll.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehälter aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
14	1153	Kotfreie Spielplätze

Vorschlagstext

Mehr Personal beim Ordnungsamt (Fußstreifen) zur Kontrolle von Müllsündern, Hundehaltern, usw. Durch Mehreinnahmen der Bußgelder evtl. selbstfinanziert

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
AVR	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) des zentralen Ordnungsdienstes ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
14a	2724	Hundekot

Vorschlagstext

Ich wünsche mir eine Kontrolle der Hundebesitzer. Beispielsweise könnten die Angestellten des Ordnungsamt bei Ihren Kontrollrundgängen der Falschparker auch die Hundebesitzer ansprechen, welche Ihre Hunde auf Gehwege, Spielplätze etc. machen lassen, das Bußgeld von mehereren Euro besteht ja, aber wenn es keiner kontrolliert.... Ich würde mir wünschen, dass es hier strengere Kontrollen gibt und man wieder gut auf Kölns Straßen, Gehwegen und Grünanlagen gehen kann, ohne Trettmienen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
AVR	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
15	2172	DOGGING

Vorschlagstext

Hundehalter in Höhenberg, Vingst und Rath-Heumar sammeln schon jetzt die Hinterlassenschaften ihrer tierischen Freunde mit Tütchen ein. Zukünftig werden sie scouts und werben für die Hundetütenautomaten inkl. Abfallbehälter. Eigenverantwortliches und vorbildliches Handeln regt Nachahmer an und macht Köln schon jetzt um 50% sauberer.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
16	1214	Toiletten für die Ausflugsziele am Rhein

Vorschlagstext

In den Sommermonaten halten sich rechts- u. linksrheinisch viele Menschen am Rhein zwischen Süd- u. Rodenkirchener Brücke auf. Neben Spaziergängern treffen sich dort Menschen zu Sport, Spiel, Sonnenbad, Grillparty und ähnlichen Aktivitäten. Es wird dabei gegessen und getrunken. Für die menschlichen Bedürfnisse müssen sich die Ausflügler dann verbotswidrig in die ohnehin nur spärlich vorhandenen "Büsche schlagen". Es wäre doch bestimmt menschenwürdiger, wenn zumindestens in den Sommermonaten Möglichkeiten zur Verrichtung ihrer Notdurft geschaffen würden (wie es ja beim Weltjugendtag und beim ev.Kirchentag ja auch ging).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten würden noch weiter Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
16a	3334	Toiletten- anlagen

Vorschlagstext

Es gibt für die Bürger und Gäste Köln nicht genügend sanitäre Einrichtungen (Toilettenanlagen) entlang des Rheins und den Naherholungsanlagen. Hier sollten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, gerade im Sommer ist das Rheinufer von Badegästen und Ausflüglern überfüllt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten würden noch weiter Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
17	3817	Dünwald, Grünanlage zwischen Amselstr. und Leuchterstraße

Vorschlagstext

Die Grünanlage zwischen Amselstraße und Leuchterstraße ist leider zu einer Hundelauffläche verkommen. Hier sollte eine schöne und einladende Anlage mit Bänken und Lampen erstellt werden, damit dieser Weg auch für die Eltern auf dem Weg zum Kindergarten, den Kirchenbesuchern der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden und den künftigen Bewohner des Neubaus der Seniorenwohnungen von der von-Diergardt-Straße gerne und sicher genutzt werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Vor einigen Jahren hat der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün den Beschluss gefasst, dass Wege in öffentlichen Grünanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet werden. Daher wird der Vorschlag bezüglich einer Beleuchtung abgelehnt, bezüglich der Bänke wird der Vorschlag befürwortet. Für eine sukzessive Beseitigung der Defizite an Bänken in sehr vielen Grünanlagen nach Prioritäten sind entsprechende Haushaltsmittel notwendig. Empfohlen wird dies als Programm für die nächsten Jahre.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Mülheim

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken werden im Bürgerhaushalt in 2008 und 2009 jeweils 200.000 EUR zur Verfügung gestellt. Der Finanzausschuss wird voraussichtlich am 09.02.2009 die Finanzmittelfreigabe beschließen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
18	1978	Verbindung Rheinpark-Mülheim

Vorschlagstext

Ich wünsche mir eine gut ausgebaute Verbindung vom Rheinpark (Jugendpark) über die Hafendammbrücke nach Mülheim. Der heutige Zustand dieser Verbindung ist tristlos und eine Zumutung und zeigt, dass Mülheim immer noch als Hinterhof Kölns behandelt wird. Es gibt zur Zeit nur einen schmalen, gefährlichen Holperweg auf dem Damm, der auch noch in Höhe Jugendpark durch eine Rohrkonstruktion zum Hindernis für Fahrradfahrer und Kinderwagen (von Rollstuhlfahrern ganz zu schweigen) wird. Einen Weg unterhalb des Damms gibt es schon seit Jahren nicht mehr. Und der Zugang zur Hafendammbrücke auf der Mülheimer Seite ist so verkommen und ungepflegt, dass man sich für Köln schämen muss.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt, weil sich der angesprochene Bereich im Landschaftsschutzgebiet befindet. Da es sich bei dem unteren Weg um eine Überflutungsfläche handelt, müsste eine Wegeverbindung mit Asphalt vorgenommen werden, weil eine wassergebundene Wegefläche durch die ständige Überflutung weggespült würde. Ein Asphaltweg würde aber dem Landschaftsschutz entgegenstehen und kann somit nicht umgesetzt werden. Bei dem oberen Weg ist geplant, ihn befahrbar zu machen. Für die Pflege der Bäume in dem Bereich ist das Wasser- und Schifffahrtsamt zuständig.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Mülheim

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang **Vorschl. Nr.** **Überschrift**
19 741 Erhalt des Grüngürtels

Vorschlagstext

Umsetzung der Empfehlungen der Kölner Grün Stiftung gemeinnützige GmbH in ihrer Studie http://www.koelner-gruen.de/CMS/Projekt__Studie.mfpx

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet. Es besteht die Absicht, die Empfehlungen sukzessive umzusetzen. Neben der Spenden-Sammlung durch die Stiftung sind dafür ergänzende Haushaltsmittel notwendig.

Ausschuss **Bezirk**
UGG Lindenthal

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Zeit finden Abstimmungsgespräche mit dem Landschaftsarchitekturbüro, zur Abgrenzung der umzusetzenden Maßnahmen statt, so dass das Büro eine Grundlage für die Erstellung eines Honorarangebotes hat. Im Dezember 2008 soll die Freigabe der Planungsmittel erfolgen und im Januar 2009 sollen die Architektenverträge geschlossen werden.

Rang **Vorschl. Nr.** **Überschrift**
20 1044 Bäume

Vorschlagstext

Vor einigen Jahren wurden Bäume gefällt, die angeblich krank waren, z.B. bei uns in der Moltkestraße im Belgischen Viertel. Es ist eigentlich eine sehr schöne Allee, aber die Lücken wurden nie neu bepflanzt. Stattdessen stehen überall noch die Baumstümpfe rum. Es wäre schön wenn hier wieder junge Bäume gepflanzt würden - gut für die Luft in unserer Stadt, und auch besser für die Optik!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird umgesetzt. In der Moltkestraße sind 6 Fehlstellen registriert, die in der Pflanzperiode 2008/9 besetzt werden sollen. In der Neustadt (Nord und Süd) sollen an den registrierten 187 Fehlstellen in der Periode 2007/8 46 Bäume nachgepflanzt werden.

Ausschuss **Bezirk**
UGG Innenstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. In der Moltkestraße sind 6 Fehlstellen registriert, die in der Pflanzperiode 2008/09 besetzt werden sollen. In der Neustadt (Nord und Süd) sollen an den registrierten 187 Fehlstellen in der Periode 2007/08 46 Bäume nachgepflanzt werden. Die Pflanzperiode endet im April 2009.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
21	1042	Grünflächen in Neubaugebiet Nippes

Vorschlagstext

Im Neubaugebiet des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerks (Kempener Straße) wurde der größte Teil der ursprünglich geplanten Straßenbegrünung an den neuen Straßen, z.B. Lokomotivstraße, aus Kostengründen gestrichen. Da hier noch gebaut wird wäre es sehr leicht möglich daran noch etwas zu ändern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die öffentliche Begrünung wird im Rahmen der Erschließungsplanung vorgenommen und ist ausreichend. Es handelt sich bei der Straßenbegrünung um eine Begrünung durch Baumpflanzungen. Entsprechend dem Bebauungsplan, liegen die Baumpflanzungen z. B in der Lokomotivstraße auch auf privaten Flächen. Diese privaten Festsetzungen sind nicht durch den Erschließungsplan umzusetzen, sondern müssten im Rahmen der Baugenehmigung festgelegt werden. Die Begrünungsmaßnahmen haben keine Auswirkungen auf den städt. Haushalt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
22	5533	Mehr Gemeinschaftsgärten für Köln

Vorschlagstext

Die Stadt Köln sollte mehr Flächen für ökologische Gemeinschaftsgärten bzw. Stadtteulgärten oder Nachbarschaftsgärten zur Verfügung stellen. Schon existierende Beispiele in Köln sind der Interkulturelle Garten Köln e.V. www.interkultureller-garten.de in Niehl und der VHS-Biogarten <http://www.stadt-koeln.de/vhs/projekte/artikel/00714/index.html> in Dellbrück. Es wäre sinnvoll, wenn auch in zentraleren Stadtteilen ähnliche Gartenprojekte entstehen könnten. Gemeinschaftsgärten schaffen neue Räume für Kommunikation und Integration, stärken Nachbarschaften und die Identifikation mit dem Stadtteil. Als naturnahe Freiräume tragen sie zugleich zu Klimaverbesserung, Artenvielfalt, Umweltbildung und zu mehr Naturerleben bei. Darüber hinaus können sie durch Förderung aktiver Beteiligung und Selbstversorgung die Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Bürger stärken sowie Potentiale zur kreativen Gestaltung freisetzen. Insbesondere für Geringverdiener und Arbeitslose, die sich keinen eigenen Garten leisten können, bieten Gemeinschaftsgärten eine wertvolle Alternative. Weitere Informationen auch unter www.urbanacker.net.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird im Rahmen bestehender Möglichkeiten umgesetzt. Geeignete Grundstücke werden seitens der Liegenschaftsverwaltung entsprechenden Antragstellern gerne verpachtet.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird bereits im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
23	861	Blücherpark

Vorschlagstext

Der Blücherpark wird von sehr sehr vielen Menschen für einen Ausflug ins Grüne genutzt. Egal ob zum Joggen, Walken, Spazieren, Grillen, Spielen mit Kindern etc. Das ist ja auch der Sinn eines Parks in einer solchen großen Stadt wie Köln. Leider verläuft genau an der gesamten Länge des Parks eine Autobahn entlang, die der Ruhe und Erholung im Park entgegen steht. Ein Lärmschutz wäre hier mehr als angebracht.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Schon mehrmals wurde in den vergangenen Jahren von Bürgern und Politik nach einem Lärmschutz für den Blücherpark gefragt. Leider musste dies stets abschlägig beschieden werden. Die Autobahn als Verursacher des Lärms stammt aus den 70er Jahren und genießt Bestandsschutz. Nur bei wesentlichen Veränderungen des Verkehrsweges wären Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Die Umsetzung müsste dann durch den Verursacher erfolgen. Für einen Bau von Lärmschutzeinrichtungen für den Blücherpark besteht somit derzeit keine rechtliche Grundlage. Die Stadt Köln ist aber nicht in der Lage auf freiwilliger Basis für einen Lärmschutz zu sorgen, da andere Prioritäten im Vordergrund stehen.

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

UGG	Nippes
-----	--------

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
23a	1067	Lärmschutz für den Blücherpark

Vorschlagstext

Blücherpark Der Blücherpark ist ein sehr schöner Park und wird von zahlreichen Menschen angenommen. Ob Jogger, Walker, Spaziergänger, Spielplatznutzung, Grillen, Biergartennutzung ... Das ist ja auch das Anliegen eines Parks in einer solch großen Stadt wie Köln, den Menschen einen Kurzausflug ins Grüne zu ermöglichen und erholsame Zeit mit ein wenig frischerer Luft zu ermöglichen. Nun ist da aber leider über die gesamte Länge des Parkes die Autobahn, die mit ihrem Schmutz und ganz besonders Lärm den Erholungswert des Parks sehr stark trübt. An manchen Tagen kann man sein eigenes Wort nicht verstehen (besonders im Winter = ohne Laub der Sträucher), wenn man auf dem Hauptweg seine Runden dreht. Ein entsprechender Lärmschutz, wie es ihn in vielen anderen Städten mit Autobahnanteil schon gibt, wäre hier sehr angebracht. Insbesondere auch für die Häuser, die unmittelbar an der A57 stehen - in denen ich wirklich nicht wohnen möchte!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Schon mehrmals wurde in den vergangenen Jahren von Bürgern und Politik nach einem Lärmschutz für den Blücherpark gefragt. Leider musste dies stets abschlägig beschieden werden. Die Autobahn als Verursacher des Lärms stammt aus den 70er Jahren und genießt Bestandsschutz. Nur bei wesentlichen Veränderungen des Verkehrsweges wären Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Die Umsetzung müsste dann durch den Verursacher erfolgen. Für einen Bau von Lärmschutzeinrichtungen für den Blücherpark besteht somit derzeit keine rechtliche Grundlage. Die Stadt Köln ist aber nicht in der Lage auf freiwilliger Basis für einen Lärmschutz zu sorgen, da andere Prioritäten im Vordergrund stehen

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

UGG	Nippes
-----	--------

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24	891	"Groov-Teiche" in Köln-Zündorf

Vorschlagstext

Die beiden Teiche in der "Groov" in Köln-Zündorf sind mittlerweile komplett mit Algen zugewuchert und auch nicht mehr als Gewässer erkennbar. Die in den Teichen lebenden Fische können diesen Zustand leider nicht mehr lange überleben. Die Teiche müssen dringend von den Algen befreit werden und evtl. ein Durchfluss zum Rhein geschaffen werden, damit die Gewässer künftig nicht mehr verschlacken.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Sanierung von Gewässern in den Grünanlagen ist ein stadtweites Problem. Mit der Priorität „Groov-Sanierung“ ist eine sukzessive Sanierung bei Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel beabsichtigt.

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

UGG	Porz
-----	------

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Bezirksvertretung Porz und der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün haben am 23.09. und 06.11.2008 beschlossen, die Sanierung der Groov-Teiche auf der Basis der Lösungsvorschläge eines Gutachterbüros durchzuführen. Dem Gutachterbüro soll im Februar 2009 ein Planungsauftrag erteilt werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24a	3036	Verschönerung Groov

Vorschlagstext

Die Groov wurde vor vielen Jahren auch als Naherholungsgebiet angelegt. Leider ist die Pflege der Anlage in den letzten Jahren immer weiter rückläufig. Neben den bereits bestehenden sinnvollen Vorschlägen, insbesondere zur Grundreinigung der beiden Seen und der Sanierung des Spielplatzes, sollten nun umgehend folgende Verbesserungen insbesondere um den nördlichen See herum durchgeführt werden: - Freischneiden und Erneuerung der bestehenden Parkbänke - Befreiung der Wege von den Zuwucherungen - Regelmäßiges Mähen der Grünflächen - Montage von neuen Mülltonnen (es fehlen massenhaft) - Bepflanzung der inzwischen leeren Baumscheiben - Entrostung und Neubeschichtung der Geländer an der Brücke und am Yachthafen Der Bereich um die nördliche Groov lädt immer weniger zum Verweilen ein, da sie immer mehr zuwuchert. Die Wege wachsen immer mehr zu und werden immer schmaler. Darüber hinaus reduziert eine regelmäßige Pflege weitere Folgekosten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

JHA, UGG	Porz
----------	------

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24b	2173	Pflege Groov

Vorschlagstext

Bürger macht den Vorschlag, dass etwas mehr für die Groov getan wird, da diese sehr mit Algen besetzt ist. Es ist zwar schon ein Stückchen gemacht worden, aber der Rest muss auch noch gemacht.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24c	4319	Die Groov in Porz-Zündorf

Vorschlagstext

Es handelt hierbei um ein hervorragendes Naherholungs-gebiet. Mittlerweile kommen auch viele Rechtsrheinische, die unserer Seite gemieden haben. Es wäre sehr wichtig, dieses Gebiet z.B. sauberer zu halten, die Teiche zu sanieren, die Attraktivität, die einmal war, wieder herzustellen. Hier wäre mit wenig Aufwand viel zu erreichen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24d	911	Groov schön(er) machen:

Vorschlagstext

Groov schön(er) machen: - von Algen befreien - einen Geh- und Radweg um Groov bauen - attraktive touristische Angebote für Besucher einrichten langfristig lohnt es sich.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
25	2286	Stärkere Unterstützung des freiwilligen Natur- und Umweltschutzes

Vorschlagstext

Zur Unterstützung von Pflege- oder Arterhaltungsmaßnahmen heimischer Tier- und Pflanzenarten sollten seitens des Grünflächenamtes entsprechende Materialien (Nistkastenbausätze inkl "Werkzeugkoffer", Blumenzwiebeln etc.) bereit gestellt werden, welche von Organisationen, Schulen etc. "abgerufen" werden können. Hierfür bedarf es eines gesonderten Budgetpostens.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. Eine Betreuung der Maßnahme in Kölner Schulen etc. kann jedoch mit den derzeit verfügbaren personellen Ressourcen nicht umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. Eine Betreuung der Maßnahme in Kölner Schulen etc. kann jedoch mit den derzeit verfügbaren personellen Ressourcen nicht umgesetzt werden. Die Initiatoren des Antrags haben der Verwaltung ihre Hilfe angeboten, z. Zt. werden die Ideen ausgewertet und die Kosten kalkuliert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
26	1110	Bürgerparks

Vorschlagstext

Meiner Beobachtung nach ist in Köln in den vergangenen Jahren viel an öffentlichen Grünflächen gespart worden, wodurch viele öffentliche Parks inzwischen sehr heruntergekommen aussehen. Wieso nicht einfach diese heruntergekommenen Grünflächen für die Bürger freigeben? Es gibt unter den Anwohnern sicherlich viele begeisterte Hobbygärtner, die nur zu gerne einmal gemeinsam mit anderen eine größere Grünfläche gestalten würden. Die Stadt müsste kein zusätzliches Geld ausgeben, und die Grünflächen würden direkt von interessierten Bürgern gepflegt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird hinsichtlich einer eigenständigen Anlage von Parks durch Bürger abgelehnt, ansonsten werden Pflegepatenschaften gefördert.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
27	2480	POLLER WIESEN - TOILETTEN IM SOMMER

Vorschlagstext

Die Poller Wiesen werden im Sommer von vielen Bürgern für die Freizeit genutzt. Leider sind keine Toiletten vorhanden. Schlage vor, in den Sommermonaten dort (gerne auch gebührenpflichtige) Toilettenanlagen aufzustellen. Diese könnten durchaus auch hauhaltskostenneutral von privaten Anbietern aufgestellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten für die Toiletten würden noch weitere Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
27a	2124	Toiletten- anlagen

Vorschlagstext

Poller Wiesen werden im Sommer von vielen Bürgern für die Freizeit genutzt. Leider sind keine Toiletten vorhanden. Bürger schlägt vor in den Sommermonaten dort Toilettenanlagen hinzustellen durchaus auch von privaten Anbietern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten für die Toiletten würden noch weitere Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

UGG	Porz
-----	------

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
27b	2213	Mobile Toiletten für die Freizeit auf der Poller Wiese

Vorschlagstext

Auf der Poller Wiese sind keine Toiletten für Sport und Freizeit vorhanden. Dadurch wird an allen möglichen Stellen uriniert und Stuhlgang verrichtet. Als Lösung schlage ich die mobile Toilettenlösung wie am Fühlinger See vor.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten für die Toiletten würden noch weitere Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

UGG	Innenstadt
-----	------------

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28	4148	Spielplatz zum Spielplatz machen

Vorschlagstext

In diesem Jahr erst wurde ein neuer Spielplatz am Deutzer Hafen kurz vor der Drehbrücke eröffnet. Die Lage ist optimal zwischen dem schön gestalteten Hafenufer und den Poller Wiesen. Man könnte dann mit den Kindern von der Severinsbücke kommend einen Spielplatzpause einlegen, um dann weiter über die Drehbrücke zu den Pollerweisen zu gelangen. Der Spielplatz selbst liegt in der Sonne und bietet Eltern (und allen anderen natürlich auch) einen herrlichen Blick über den Hafen auf die neu entstehende Bebauung am Rheinauhafen gegenüber. Doch was wurde hier für ein Schilbürgerstreich gespielt. Der Spielplatz wurde aufwenig umzäunt und es wurden ca 6 Bänke aufgestellt - um EIN Klettergerüst. Nichts anders. Man sollte sich das ansehen, es ist wirklich bemerkenswert, wieviel Mühe und wahrscheinlich auch Geld verschwendet wurde, um eine solch sinnlose eingezäunte Parkbanklandschaft zu errichten. Mein Vorschlag: Spielplatz großzügig erweitern mit wenigsten 2-3 weiteren Spielgeräten. Dann kann sich das auch Spielplatz nennen. Und den Zaun sollte man mindestens in Richtung Rhein auch weglassen, am Kai ist auch ein Geländer und letztlich halten Zäune die Kinder auch nicht auf.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet und kann bei entsprechender Bereitstellung von Mitteln für die Ersatzausstattung von Spielgeräten umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
29	3535	fussgänger- orientierte Gestaltung des Barbarossa- platzes

Vorschlagstext

Ich wünsche mir, dass der Barbarossaplatz, der einer der unschönsten und im Untergrund (Rohrleitungen, Kanalisation) schlecht abgesichertersten Orte Kölns ist, langfristige hauptsächlich von den Bahnen der KVB und den Fußgängern genutzt wird - vielleicht mit Grünanlagen und Cafes versehen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der im Vorschlag genannte Bereich liegt im Untersuchungsgebiet des städtebaulichen Masterplans, dessen Ergebnis abgewartet werden muss. Auf dieser Grundlage muss dann in Abstimmung mit allen beteiligten Ämtern über die Gestaltung und Nutzung der Platzfläche entschieden werden.

Ausschuss	Bezirk
VA	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
30	3835	Die Entwicklung und Pflege der artenreicher Ufervegetation an Bächen- Uferschutz- streifen bezogen auf den LB 9.35 ausgewiesenen Eggersbach

Vorschlagstext

Der Mielenforster Kirchweg ist eine Anliegerstrasse mitten im Naturschutzgebiet. Leider halten sich die wenigsten an das Durchfahrverbot und es wird an jeder freien Stelle geparkt. Die Entwicklung und Pflege der artenreichen Ufervegetation des Eggersbachs ist in einer Länge von ca. 100 Meter nicht mehr möglich, da dieser Randstreifen täglich von Joggern, Hundebesitzern und Spaziergängern, (bis zu 100 Fahrzeuge/Tag) als Parkfläche genutzt wird. Der öffentliche Parkplatz in 300 m Entfernung wird nicht genutzt. Der komplette Bereich ist mittlerweile in einem desolaten Zustand und besonders nach einem Wochenende eher einer Müllabladestelle gleich, als einem unter Naturschutz stehendem Bereich. Unser Gedanke wäre nun die Bepflanzung am Bach wieder herzustellen und durch setzten von Holzpfosten (die beidseitig von der Straße angebracht würden) das Parken auszuschließen. Ein Hinweisschild auf den 100 Meter entfernten Parkplatz sollte evtl. beidseitig auf dem Dellbrücker Mauspfad errichtet werden

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde befürwortet und kann mit Priorität mit vorhandenen Mitteln umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Mülheim

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag ist in der Planung und vorbehaltlich der Finanzierungssicherung werden in 2009 geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der geschilderten Situation umgesetzt werden.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
31	747	Botanischer Garten

Vorschlagstext

Förderung des botanischen Gartens!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde befürwortet. Der Bestand des Botanischen Gartens ist (einschl. Personalkosten) gesichert. Der Freundeskreis Botanischer Garten Köln e.V. nimmt sich generell der Förderung des Botanischen Gartens an. Derzeit werden Sponsorengelder für den Neubau des Schaugewächshauses gesammelt. Es bestehen jedoch verschiedene Unterhaltungsdefizite, deren Beseitigung mit der bestehenden Mittelausstattung kurzfristig nicht möglich ist und daher zusätzliche Mittel erfordert.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Geplant sind die Ergänzung und der teilweise Ersatz der Parkbänke im Gartenteil Flora und im Gartenteil Botanischer Garten, ca. 50 Stck.

- Erneuerung der Papierkörbe im gesamten Garten (mit Deckel gegen Tier-Entleerung), ca. 75 Stck.-
- Sanierung der Fassaden und Innengestaltung der 2 "Torhäuser" (für Ausstellungen, Kunst-Ausstellungen und Infos) am Haupteingang Flora - Sanierung der Beleuchtung der Kaskaden in der Flora / Gartenteil "Italienische Renaissance" (Der Finanzausschuss wird voraussichtlich am 15.12.2008 die Finanzmittel in Höhe von 15.500 EUR hierfür freigeben) - Sanierung der 2 Unterstände im Botanischen Garten (Sommerblumen / Sommerstauden) - Sanierung der Skulptur "Neptun mit Dreizack" im Flora-Weiher (incl. Installation einer Umwälzpumpe zwecks Sauerstoffanreicherung) - Erneuerung der Parkbeleuchtung im Botanischen Garten - Erneuerung und Verschönerung der Beeteinfassungen in sensiblen Bereichen im Botanischen Garten
- Sanierung von Teilbereichen der nicht wassergebunden Wege im Botanischen Garten - Sanierung des Bewässerungssystems im Freiland des Botanischen Gartens - Beschaffung und Installation einer geeigneten Pflanzendatenbank zur Verwaltung der wertvollen Pflanzenbestände (incl. Datentransfer, Anpassung an vorhandene Daten, Ausgabe internat. Samenkatalog). Die Maßnahmen befinden sich in der Angebotserstellung bzw. Vorbereitung der Ausschreibung. In einigen Fällen sollen die Maßnahmen über den 2. Arbeitsmarkt durchgeführt werden.

Eine angedachte Sanierung des "Alpinum-Weiher" wurde aus wirtschaftlichen und gartendenkmalpflegerischen Gründen verworfen, genaue Berechnungen ließen keine Rückschlüsse auf Wasserverluste (ohne Verdunstung, ohne Aufnahme in Vegetation) zu. Die vorgesehenen Mittel fließen anteilig in die anderen, daher ergänzten Maßnahmen aus dem zuvor vorgeschlagenen Katalog.

Rang Vorsch. Nr. Überschrift
32 852 Mehr Geld zur Spielplatz-Unterhaltung

Vorschlagstext

Wenn Geräte auf Spielplätzen defekt sind, werden diese häufig nicht repariert, sondern abgebaut. Nach und nach wird so die Qualität der Spielplätze immer schlechter. Es müssen ausreichend Finanzmitteln bereitgestellt werden, um alle Schäden auf Spielplätzen kurzfristig zu beseitigen und die Spielgeräte zu erhalten. Ist ein Gerät nicht mehr zu reparieren, muss es durch ein neues ersetzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelement installiert werden können und welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss Bezirk
JHA, UGG Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang Vorsch. Nr. Überschrift
33 3730 Rheinufer vor Wildparkern schützen

Vorschlagstext

Die Poller Wiese, der Rheinpark sowie das Rheinufer zwischen Hohenzollernbrücke und dem Eingangsbereich des Tanzbrunnens gehören zu den wertvollsten Freizeit- und Erholungsflächen im rechtsrheinischen Köln. Leider werden zahlreiche Menschen, die in diesen grünen Oasen Ruhe und Erholung suchen, zunehmend durch Wild- und Falschparker belästigt und gefährdet. Auf der Poller Wiese fahren insbesondere in der Grillsaison einzelne Autofahrer in der Höhe der Eisenbahnbrücke mit dem Pkw direkt in das Landschaftsschutzgebiet hinein. Offenbar halten diese rücksichtslosen Zeitgenossen es für unzumutbar, ihre Utensilien bis zur Wiese zu tragen. Noch ärger ist die Situation im Bereich zwischen Hohenzollernbrücke und Tanzbrunnen gegenüber der alten Messe, wo das Falsch- und Wildparken zu einem Massenphänomen geworden ist. Fußgänger und Radfahrer müssen sich hier an den wild geparkten Autos vorbeiquetschen und werden durch Parkflächen suchenden bzw. verlassenden Autoverkehr gefährdet. Ein Renommee für den künftigen Rheinboulevard ist das nicht. Leider hat die Stadtverwaltung bisher jede Konsequenz vermissen lassen, diesem unverantwortlichen Treiben Einhalt zu gebieten. Ich stelle daher den Antrag, bei den Haushaltsberatungen Mittel bereitzustellen, um entweder Durchfahrsperrn in den genannten Bereichen zu errichten, bzw. wo dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes zu beauftragen regelmäßige Kontrollen durchführen und entsprechende Bußgelder zu verhängen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßen durch den Ordnungs- und Verkehrsdienst kontrolliert, im Rahmen dieser Kontrollen wird auch gegen verbotswidrig in Grünanlagen abgestellt KFZ vorgegangen. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant. Die Kölner Grünflächen werden im Rahmen der personellen Möglichkeiten regelmäßig kontrolliert und Falschparker verwarnt. Ein Abschleppen kommt jedoch nicht in Betracht, da das Abschleppfahrzeug der Grünfläche einen viel größeren Schaden zufügen würde als das in der Grünfläche falsch geparkte Fahrzeug.

Ausschuss Bezirk
AVR Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs wird durch den Verkehrsdienst auch gezielt auf das ordnungswidrige Parken auf Grünflächen bzw. in Grünanlagen geachtet. Dabei festgestellte Verstöße werden konsequent geahndet, wobei die Ahndung in der Regel aus einer kostenpflichtigen Verwarnung besteht. Selbstverständlich erfolgt bei exponierten Grünanlagen eine häufigere Kontrolle und wird bei Beschwerden über die Einsatzleitstelle des Ordnungs- und Verkehrsdienstes diesen umgehend nachgegangen.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
34	799	Bäume gegen Tristesse

Vorschlagstext

Leider bietet die Kölner Innenstadt immer wieder ein trauriges Bild. So auch die Alteburger Strasse in weiten Abschnitten. Nachdem in bestimmten Bereichen die Bürgersteige ausgebaut wurden bietet sie aber nach wie vor ein häßliches Bild. Warum nicht die Allee auf den ersten Metern der Alteburger Strasse weiterführen? Man braucht nur diese beiden Abschnitte nur zu vergleichen um erleben zu können wie eine Begrünung eine Straße lebenswerter und ansehnlicher macht. Herzliche Grüße Maic Marten

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Alteburger Straße hat im Teilabschnitt zwischen Ubierring und Maternusstraße/ Kurfürstenstraße eine Breite von 30 Metern. Hier steht eine doppelreihige Kastanienallee in der Straßenmitte. Zwischen Maternusstraße /Kurfürstenstraße und Teutoburger Straße haben die Häuser einen Abstand von 20 Metern zueinander. Für eine Fortführung der Allee fehlt der entsprechende Platz. Zurzeit wird der Straßenraum neu gestaltet und mit 7 Bäumen begrünt werden. Bis Ende Januar 08 sollen 6 Boulevard- oder Sumpfeichen und 1 Zelkowie gepflanzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt. Es wird dem Verwaltungsvorschlag gefolgt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
35	3556	Brücke Aachener Weiher

Vorschlagstext

Die Holzbrücke am Aachener Weiher muß erhalten bleiben, weil die sich harmonisch ins Landschaftsbild eingepreßt hat und weil sie billiger ist , als die neue angestrebte Version aus Stahlbeton.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bereits 2003 wurde gutachterlich festgestellt, dass die vorhandene, mittlerweile rund 30 Jahre alte Brücke auf Grund des schlechten baulichen Zustandes erneuert werden muss. Die Brücke liegt knapp über der Wasseroberfläche in einem Bereich, der durch besonders häufige Feuchtigkeitswechsel gekennzeichnet ist. Dies führt bei Holzbrücken zu einem vorzeitigen Verschleiß bzw. einem besonders hohen Unterhaltungsaufwand. Bei der Kostenbetrachtung sind somit nicht nur die Investitionskosten für einen Ersatzbau sondern auch die Folgekosten zu betrachten (LCC - Live-Cycle-Costs). Zurzeit befinden sich Neubauvarianten in der Abstimmung, die u. a. einen Neubau in Beton vorsehen, da hiermit die langfristige Dauerhaftigkeit des Bauwerkes bei akzeptablen Folgekosten gewährleistet werden kann. Auf Grund der gestalterischen Anforderungen wurde eine Sonderkonstruktion in hochfestem Beton konzipiert, die besonders schlanke Bauteile ermöglicht und sich in die örtliche Situation bestmöglich einfügt. Eine alternative Wiederherstellung in Holz bzw. eine Kombination aus Holz mit tragenden Bauteilen aus Beton wäre ebenfalls möglich, würde aber zu deutlich höheren Folgekosten führen. Leider ist der noch verwaltungsinterne Abstimmungsprozess frühzeitig an die Öffentlichkeit gedrungen. Über die Art und Gestaltung der Brücke ist noch abschließend politisch zu entscheiden. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird demnächst von der Verwaltung zu Entscheidung vorgelegt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde beauftragt, die erforderlichen Verfahren weiter zu betreiben.

Umsetzungsstand

Die Fachverwaltung wird in einer Beschlussvorlage die möglichen Alternativen gegenüberstellen um eine abschließende Entscheidung zu ermöglichen.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
36	2555	Tüten gegen Hundekot

Vorschlagstext

In vielen anderen Städten (z.B. Bonn) stehen bereits an vielen öffentlichen Grünanlagen oder Plätzen, Ständer mit kleinen schwarzen Tüten drin, die sich Hundebesitzer herausnehmen können, um das Geschäft ihres Hundes zu beseitigen. In den Städten, wo es zu sehen war, schien Hundekot auch nicht mehr so ein Problem zu sein. Ich denke dass, auch wenn sich nur die Hälfte aller Besitzer eine Tüte rausnehmen würde, sich die Situation schon wesentlich verbessern würde. Vielleicht gibt dies ja auch Hundehaltern, die sich sonst überhaupt nicht um die Hinterlassenschaften ihrer Tiere kümmern, einen neuen Anreiz. Solche Ständer aufzustellen kommt wahrscheinlich sowohl den Hundebesitzern als auch allen anderen zu gute.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Ausschuss	Bezirk
----	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
36a	1645	Hundekottütenautomat

Vorschlagstext

Bitte um Aufstellung von Automaten für gebührenpflichtige Hundekottüten und Mülltüten (vielleicht ausgestattet mit farbigen Logos).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Ausschuss	Bezirk
----	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
37	3118	Geschlossene Abfallbehälter

Vorschlagstext

Im ganzen Stadtgebiet, besonders aber in den Grünanlagen, werden die Abfallbehälter durch immer mehr Elstern und Krähen geplündert. Kein Wunder - fette "Lunchpakete" liegen in den offenen Abfallbehältern ja reichlich. Mit unglaublichem Geschick können sie sogar mehrfach eingewickelte Essensreste aufreißen und die üppige Verpackung großflächig in der Gegend verteilen. Da unterwegs essen nicht mehr wegzudenken ist, müssen eben die Müllbehälter ausgetauscht werden. Und zwar gegen größere und unbedingt mit festem Deckel! Ich bin überzeugt, daß dann unsere Straßen und Grünanlagen schon um einiges sauberer wären.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
37a	971	Müllbehälter

Vorschlagstext

Bürger regt an, dass in den Grünflächen größere und mehr Abfallbehälter aufgestellt werden. Die Behälter sollten dann oben auch leicht geschlossen sein, damit der Müll bei Wind nicht wieder rausfliegt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
37b	1218	Müllkörbe bedecken

Vorschlagstext

Ich sehe morgens beim Laufen durch die Parks an der Amsterdamer u. der Inneren Kanalstraße), dass Krähen den Müll aus den Behältern rupfen und verteilen. Es müssten Deckel darauf montiert werden, dann hat die Müllabfuhr weniger Arbeit, es halten sich weniger Ratten auf und der Mensch freut sich über die Sauberkeit. Wenn dann noch die Leute, die grillen, ihren Müll mitnehmen, wird alles perfekt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
38	3673	Schmutziges Köln

Vorschlagstext

Den vielen Vorschlägen (Hundekot, Müll nach Grillfete, zerschlagene Bierflaschen) nach zu urteilen, ist Köln eine der schmutzigsten Städte Deutschlands. Das liegt wohl daran, dass der lebensfrohe Kölner mit seiner Stadt nicht sehr liebevoll umgeht. Und genau hier liegt der Ansatzpunkt für eine Verbesserung. Köln braucht eine durchdachte Kampagne gegen den Schmutz. Plakatwerbung (z.B. Bußgeldkatalog für liegengelassenen Hundekot), ortbezogene Reinigungsaktionen (z.B. Schüler der Schule X und deren Eltern sammeln Müll im Park Y), angekündigte Verschärfung von Kontrollen. Das alles hat in anderen Städten bereits gut funktioniert und wird auch hier klappen, obwohl der Kölner ja ein bisschen anders ist.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Derartige Kampagnen wie z.B. „Kölle Putzmunter“ werden bereits durchgeführt. Weitere Kampagnen sind sowohl von der Stadtverwaltung wie auch den Abfallwirtschaftsbetrieben vorgesehen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
39	1500	Rechts- rheinischer Rheinboulevard

Vorschlagstext

Wenn im Rahmen der Regionale 2010 ein rechtsrheinischer Rheinboulevard entstehen soll, so ist der in den derzeitigen Planungen ausgeschlossene Kirmesplatz unbedingt einzubeziehen. Eine Kirmes kann auch an anderer Stelle stattfinden, aber der Rhein fließt nur hier und eine durchgehende Uferpromenade mit viel Grün ist gerade in Deutz wichtig, wo hinter der Drehbrücke eine riesige Mühle und ein Schrottplatz (so etwas mitten in der Stadt!) die Stadt verschandeln.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es ist kein besonderer Beschluss erforderlich, da der Kirmesplatz planungsrechtlich an dieser Stelle festgesetzt ist.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Kein neuer Sachstand.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
40	735	Fußwege und Bänke im Stadtwald

Vorschlagstext

Viele Fußwege im Stadtwald sind voller Schlaglöcher, sie sollten alleine wegen der Unfallgefahr behoben werden. Außerdem sind viele Parkbänke im Laufe der Zeit einfach entfernt worden (dort stehen meist nur noch die Abfalleimer), hier sollten neue Bänke aufgestellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei gesicherter Finanzierung ist eine Erneuerung der wassergebundenen Wege in den nächsten 3 bis 5 Jahren möglich. Für eine sukzessive Beseitigung der Defizite an Bänken in sehr vielen Grünanlagen nach Prioritäten sind entsprechende Haushaltsmittel notwendig. Empfohlen wird dies als Programm für die nächsten Jahre.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Wegesanieerung sind in den Jahren 2008/2009 Finanzmittel von 250.000/860.000 EUR im Bürgerhaushalt eingestellt. Der Planungsmittelbedarf beläuft sich auf 75.000 EUR über die der Finanzausschuss voraussichtlich am 15.12.2008 beschließen wird.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
41	3636	Renovierung des Blücherparkes

Vorschlagstext

Der schön angelegte Blücherpark wird gerne als nahegelegene Erholungsmöglichkeit von den Bewohnern Bilderstöckchens, Ehrenfelds und Nippes genutzt. Leider verfällt die Anlage zunehmend und es ist zu befürchten, dass bald Teile des Parks wegen Einsturzgefahr der Abgrenzungsmauern gesperrt werden müssen. Eine umfassende Renovierung ist dringend erforderlich - aus Sicherheitsgründen und zur Erhaltung der Erholungsfunktion.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Sanierungsbedarf ist tatsächlich gegeben. Der Vorschlag wird befürwortet.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hat am 20.05.2008 dem Konzept zur Sanierung der Mauern und Einfassungen im Blücherpark zugestimmt. Der voraussichtliche Finanzbedarf beträgt rd. 883.000 EUR. Vom Finanzausschuss wurden am 22.09.2008 zunächst Planungsmittel von 90.000 EUR freigegeben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
42	1013	Kinder- spielplätze

Vorschlagstext

Beschädigte Spielgeräte auf den Kinderspielplätze schnell reparieren oder erstezen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Eine Kontrolle der Spielgeräte erfolgt regelmäßig entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Reparaturen werden umgehend durchgeführt. Der Ersatz von Spielgeräten wird befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten im Einzelnen muss die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelemente installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
43	2329	Stadt- aufwertung durch Bäume

Vorschlagstext

Dér Wilhelm Sollmann Straße zu einer Allee verhelfen Dies sollte für alle Großen sowie Haupteinfahrtstraßen in Köln gelten. Mehr Bäume = bessere Luft und mehr Lebensqualität. Köln wird von Außenstehenden die Köln besuchen immer als Stadt mit wenig Grün aber dafür mit viel Dreck bezeichnet. Da die Regio 2010 diese Straßen am Rand von Köln (z.B Kölner Norden) nicht mit in Ihrer Planung hat, ist dort dringend Handlungsbedarf. Auch die Schienen der KVB könnten begrünt werden siehe Amsterdamer Str. Linie 19 oder Aachener Str. Lindenthal (einfach weniger Aufsichtsratfahrten, dann ist das Geld dafür schnell da).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bereits in der Vergangenheit wurden die Voraussetzungen einer stadtgestalterisch prägenden Baumpflanzung in der Wilhelm Sollmann Straße fachtechnisch von der Verwaltung geprüft. Im Ergebnis wurde aufgrund der Leitungstrassen eine Baumpflanzung abgelehnt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
44	1551	Sauberer Grünanlagen !

Vorschlagstext

Es muß mehr Kontrollen der Hundebesitzer geben, es gibt keine Wiese in Heimersdorf/Seeberg die frei von Hundekot ist. Ich habe 3 Kinder die selten mit sauberen Schuhen nach Hause kommen. Ich mag Hunde sehr gerne, habe aber wenig Verständniss für die Arroganz derer die den Dreck ihrer Hunde liegen lassen. Und nicht nur auf den Wiesen findet man das sondern leider sogar auf Fuß- und Radwegen, ziemlich traurig. Desweiteren gibt es zu wenige Mülleimer, oder sie werden zu selten geleert, meist quillen sie über und der Abfall verteilt sich in der Umgebung auf den Wiesen. Denke aber dieses Problem bezieht sich auf ganz Köln.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes in die Stadtbezirke verlagert, sodass zukünftig mehr Kontrollen möglich sind. In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Chorweiler

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Teilbereiche der Straßenreinigung wurden vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik auf die Abfallwirtschaftsbetriebe übertragen. Die Festlegung der Reinigungsintervalle erfolgt von dort. Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet. Die Sauberkeit in den städtischen Grünanlagen ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
45	1115	Botanischer Garten in Köln-Riehl

Vorschlagstext

Der Bau des neuen Treibhauses, der seit ca. einem Jahr geplant ist soll möglichst bald durchgeführt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zunächst müssen Spendengelder eingeworben werden. Erst wenn 50% der Beschaffungskosten für das Tropenhaus durch Sponsorengelder gedeckt werden können, kann eine Beschlussfassung zur Restfinanzierung aus städtischen Mitteln erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der "Freundeskreis Botanischer Garten Köln e.V." setzt seine laufenden Aktivitäten zur Einwerbung von Sponsorenmitteln für den Neubau des Schauhauskomplexes im Botanischen Garten fort. Diese eingeworbenen Mittel sind die Voraussetzung für weitere Schritte bei dem Vorhaben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
46	3169	Reinigung des Adenauer Weier

Vorschlagstext

Das Erholungsgebiet um den Adenauer Weier wird von den Bürgern sehr genutzt. Nur ist das Wasser durch Holz und Laub im Laufe der Jahre immer schlechter geworden. Am Ende des Weiers stinkt es erbärmlich.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bereits im Februar 2008 wurde durch ein beauftragtes Fachunternehmen am Ende des Weihers Aufräumarbeiten im Gewässer vorgenommen. Dabei wurde Schwemmh Holz sowie Schlamm aus dem Bereich an der kleinen Holzbrücke entfernt. Da der Wind das von der am Weiher befindlichen Vegetation abfallende Laub und Geäst immer in Richtung Holzbrücke treibt, häufen sich dort bereits nach kurzer Zeit wieder große Mengen auf. Die Aufräumarbeiten sollen daher fortgesetzt werden. Auf die Brutzeit der Schwäne wird dabei Rücksicht genommen, das heißt sobald die Schwäne das Nest wieder verlassen haben, soll mit den Restarbeiten begonnen werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
47	743	Wildbrücken

Vorschlagstext

Errichtung von Wildbrücken über Kölner Autobahnen (v.a. A1, A3 und A4, A57) nach niederländischem oder rügener Vorbild. Ebenso über größere, Waldgebiete durchschneidende, vielbefahrene Straßen wie Östlicher Zubringer, Militärringstr., Luxemburger Str. etc..

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für die Einrichtung von Wildbrücken ist der Landesbetriebe Straßen zuständig, der Vorschlag wurde dorthin weitergeleitet. Als Stellungnahme teilt der Landesbetrieb Straßen mit, dass die Straßenbauverwaltung dem Schutz und der Pflege wild lebender Tier- und Pflanzenarten u. a. auf Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes Rechnung tragen muss. Danach unterliegen Straßenbauvorhaben der Eingriffsregelung. Bestehende Straßen können hieran im Hinblick auf einen funktionalen Ausgleich partizipieren und dadurch Eingriffe an einem anderen Ort kompensieren. Insofern wird dem Vorschlag zum Kölner Bürgerhaushalt von Seiten der Straßenbauverwaltung Rechnung getragen. Die tatsächliche Errichtung einer „Wildbrücke“ wird dann das Ergebnis einer konkreten Abwägung darstellen. Folglich kann erst danach zu geplanten Maßnahmen an einer bestimmten Straße Auskunft gegeben werden.

Ausschuss	Bezirk
-----	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Für die Maßnahme ist der Landesbetrieb Straßen NRW zuständig (siehe Stellungnahme der Verwaltung).

Umsetzungsstand

Keine Zuständigkeit der Stadt Köln.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
48	3245	Getrennte Entsorgungs- möglichkeiten für glühende Grillkohle und Müll im Volksgarten!

Vorschlagstext

Im Volksgarten gibt es nahezu keine als solche eindeutig zu identifizierenden Mülleimer. Es gibt aber an den Wegkreuzungen mehrere Betonkübel. Diese Behältnisse interpretieren zahlreiche Barbecuer als Entsorgungsmöglichkeit für glühende Grillkohle. Viele Spaziergänger wiederum verwenden sie als Mülleimer. Dies führt seit Jahren dazu, dass es im Sommer im Volksgarten teilweise täglich zu Bränden in diesen Betonkübeln kommt, bei denen jede Menge Kunststoff verbrennt und der Volksgarten in Rauchschwarzen gehüllt wird. Das ist auch der ansässigen Polizei und Feuerwehr bekannt, deshalb müsste sich längst etwas geändert haben! Mein Vorschlag wäre, neben jedem Betonkübel etwa im Abstand von zwei Metern einen eindeutig als solchen zu erkennenden Mülleimer anzubringen. Darüber hinaus wäre eine Beschilderung der Betonkübel sinnvoll, aus denen ihr Zweck (welcher auch immer es genau sein mag) hervorgeht.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Im Volksgarten wurde bereits ein 5 cbm Container zur Aufnahme der Grillabfälle aufgestellt. Allerdings muss man vom Abfallentsorger zumindest soviel Verantwortungsbewusstsein erwarten, dass er glühende Restkohle löscht, bevor sie in die Behälter eingefüllt wird. Betonringe sind eine provisorische und wegen des hohen Aufwandes für eine manuelle Leerung keine Dauerlösung. Dies gilt auch aus gestalterischer Sicht. Zudem zeigen Erfahrungen, dass eine Beschilderung auch nicht zur Trennung der Abfälle führt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
49	5486	Kölner Forts

Vorschlagstext

Ich wünsche mir, dass endlich etwas wegen der Forts im Kölner Festungsring passiert. Seit Jahren stehen diese historischen und unter Denkmalschutz stehende Gebäude leer und verrotten immer mehr. Durch Bewuchs wird das Mauerwerk immer mehr beschädigt. Obwohl es zahlungskräftige Interessenten gibt, passiert seitens der Stadt nichts. Andere Städte verdienen mit ihren Festungsanlagen Geld und schaffen Arbeitsplätze (Beispiel Ingolstadt, Leipzig, Magdeburg, Germersheim, Ostende, Koblenz, Ulm usw.). In Köln sind es nur lästige Objekte die Geld kosten - aber nichts einbringen. Die Kölner Forts liegen im Grüngürtel und wurden als Objekte im Grüngürtel eingeplant. Köln hat dadurch eine weltweit einzigartige Anlage. Wenn die Stadtverwaltung Köln endlich "grünes Licht" für die Neunutzung der Forts gibt, können die Gebäude auch für spätere Generationen erhalten werden. Würden diese Gebäude renoviert, werden Arbeitsplätze geschaffen, ein Stück Kölner Geschichte erhalten und es fließt Geld in die Stadtkasse. aus einem Kostenfaktor wird ein Nutzenfaktor. Mehr Informationen dazu unter www.VEETO-colonia.de

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seitens der Verwaltung wird seit vielen Jahren einiges zum Erhalt der Forts unternommen: Die meisten Forts und Zwischenwerke sind an Vereine vermietet und werden von ihnen genutzt. Die Verwaltung bemüht sich aber auch seit Jahren, für die bisher ungenutzten Fortifikationsanlagen passende Interessenten zu finden. Anders als in Städten wie etwa Koblenz oder Ingolstadt liegen diese Forts und Zwischenwerke in einer unter Denkmalschutz und Naturschutz stehenden Grünanlage am Rande der Stadt - dem Äußeren Grüngürtel -, dessen Belange bei einer eventuellen Neunutzung bedacht werden müssen. Nicht zuletzt bedürfen diese umfangreichen Sanierungsmaßnahmen erheblicher finanzieller Aufwendungen. Ende November 2007 hat die Verwaltung mit ausdrücklicher Unterstützung der Politik ein Großprojekt mit der Fachhochschule Köln in die Wege geleitet, in dem über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren untersucht werden wird, wie eine eventuelle Neunutzung der Forts aussehen könnte. Die Studenten werden im Rahmen von Semesterarbeiten und Studienabschlussarbeiten Konzepte hierzu entwickeln: Es werden Planungsszenarien erstellt, die es erlauben, Entwicklungschancen und Potenziale der Einzelobjekte aber auch der Gesamtanlage sachlich zu bewerten.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen, Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
50	3313	Toiletten- häuschen im Volksgarten

Vorschlagstext

Ich stelle, insbesondere in den Sommermonaten, häufig fest, dass Menschen im Volksgarten im Gebüsch urinieren. Die Urinsäure trägt zur Übersäuerung des Bodens bei und schadet daher den Bäumen im Volksgarten. Ich schlage daher vor, im Volksgarten kostenfreie Toilettenhäuschen aufzustellen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten würden noch weitere Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
51	2749	Stadtwald- weiher Lindenthal

Vorschlagstext

Dieser Vorschlag wurde von Frau Gierse via E-Mail zugesandt und von der Redaktion eingegeben: Gegenüber der Tennisplätze der Stadt Köln im Stadtwald in Lindenthal hinter dem Tennisclub Lese befindet sich ein kleiner Stadtwaldweiher. Die Bänke an diesem Weiher sind defekt und ohne Rückenlehne, die Abfalleimer quellen regelmäßig über, dieser an sich wunderbare Sonnenplatz, der sehr gerne in Anspruch genommen wird und von Insidern beim ersten und letzten Sonnenstrahl im Jahr regelmäßig genutzt wird, gleicht einer Müllhalde. Meines Erachtens nach liegt das nicht an den Menschen, die das verursachen, sondern daran, dass die Mülleimer nicht geleert werden und so alles überquillt. Toll wäre auch, wenn der Weiher einmal von den Ästen und Stämmen und allem Unrat befreit werden könnte -Die Tiere und Menschen wären sehr dankbar dafür, dass es dann auch nicht mehr so stinken würde.. So, das wären meine Anregungen für heute. In diesem Zusammenhang darf ich einmal herzlich danken, im Namen vieler Lindenthaler für die wunderbare Ver-änderung des Rautenstrauchkanals - es ist wirklich eine große Freude, diesen breiten Weg zwischen den Bäumen am Kanal entlang zu gehen oder mit dem Fahrrad zu fahren -ein ganz neues schönes Lebensgefühl....diese Sache ist hervor-ragend gelungen!!! Dieser Vorschlag stellt eine redaktionelle Überarbeitung des per E-Mail eingereichten Originalvorschlags dar.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Beseitigung des Abfalls aus dem Stadtwald erfolgt im Rahmen der Littering-Beauftragung durch die AWB. Derzeit erfolgt eine bedarfsgerechte Anpassung der Reinigungsfrequenzen, in diesem Zusammenhang wird der Vorschlag für eine Optimierung aufgenommen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung umgesetzt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
52	777	Umfeldverbesserung Altstadt-Nord

Vorschlagstext

Sehr geehrte Damen und Herren, zwischen den Straßen "Auf dem Berlich" und "Am Römerturm" befindet sich eine kleine Grünfläche/Park. Leider ist das Gelände sehr vernachlässigt und die wenigen Spielgeräte, die dort aufgestellt sind, laden kein Kind zum Spielen ein. Der Erholungswert dieser Grünfläche ist nahe null. Da im direkten Umfeld keine weiteren Grünflächen vorhanden sind, sollte das Gelände für die Anwohner wieder nutzbar gemacht werden und nicht mehr überwiegend als Hundetoilette dienen. Auch das Aufstellen von Laternen sollte geprüft werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Spielplatz ist schwermetallbelastet. Mit der Planung zur Sanierung wurde begonnen. Ein Planungsentwurf liegt vor. Mit Baumassnahme/Umgestaltung wird voraussichtlich 2008 begonnen. Die Finanzierung wird größten Teils über Spendenmittel erfolgen. Das Spendenverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Das Gesamtvolumen ist derzeit noch nicht abschätzbar. Die Restfinanzierung erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung umgesetzt.

Umsetzungsstand

Geht Anfang des Jahres 2009 in die Vergabe.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
53	4911	Blücherpark zu dunkel !

Vorschlagstext

Hallo, der Blücherpark braucht dringend abends Beleuchtung. Ab 16 Uhr ist es stockdunkel, das ist nicht nur gefährlich bzgl. Überfällen etc, sondern nimmt Joggern u.a. auch die Möglichkeit, dort ihren Sport auszuüben.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün werden Wege in öffentlichen Grünanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet. Beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stehen daher auch keine Mittel für die Beleuchtung von Wegen in Grünanlagen zur Verfügung. Grundsätzlich werden nur gewidmete Wege beleuchtet und vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik baulich unterhalten. Soweit durch sportliches Interesse die Notwendigkeit einer Beleuchtung der Strecken besteht, ist das Sportamt für eine Umsetzung zuständig.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
54	3382	Grünzug um Köln

Vorschlagstext

Mein Vorschlag wäre, endlich den Grüngürtel um Köln zu erweitern d.h. von Weiden über Junkersdorf bis zum Grüngürtel. Der Stadtteil Weiden sollte unbedingt mit dem Grün der Stadt verbunden werden. Keine Bebauung mehr an der Kronstädterstraße!! Gerda Damm, Pestalozzistr.3 50858 Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Derzeit kein Beschluss erforderlich. Der B-Plan für das Gebiet ist im Aufstellungsverfahren. Nach Satzungs-Beschluss ist die Verwaltung bemüht, die Grundstücke zu erwerben und den Grünzug West auszubauen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hat am 06.11.2008 das Freiraumkonzept „Zwischen schnellen Wegen“ beschlossen und die Verwaltung mit der sukzessiven Umsetzung nach gesicherter Finanzierung beauftragt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
55	1485	Baumschutz durchsetzen

Vorschlagstext

Die existierende Baumschutzsatzung soll einerseits durchgesetzt und verstärkt angewandt werden, indem die Bäume Kölns besonders an den Straßen wie vorgesehen geschützt und gepflegt werden. Insbesondere Parkflächen für Fahrzeuge sollen gesperrt und der Boden aufgelockert werden. Lücken in Alleepflanzungen sollen durch Nachpflanzung geschlossen werden und in Neubaugebieten zwingend vorgeschrieben werden. Dabei soll der Schwerpunkt auf heimischen Arten liegen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Vorgaben der Baumschutzsatzung werden beachtet und entsprechend verfahren. Zurzeit sind 1.857 Straßenbaumfehlstellen registriert. Jährlich müssen im Durchschnitt ca. 200 Straßenbäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden. Im Rahmen der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Mittel sollen 476 Fehlstellen in der Pflanzperiode Herbst/Frühjahr 2007/2008 bepflanzt werden. Darüber hinaus sollen ca. 220 Bäume in Grünanlagen und auf Spielplätzen als Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden. Die Mittel dafür wurden im Haushaltsplan-Entwurf der nächsten Jahre angemeldet. Um die Fehlstellen schneller zu besetzen wurden die Mittel hierfür erhöht

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. Die Pflanzmaßnahmen werden zur Zeit ausgeschrieben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
56	1232	Porzer Rheinufer

Vorschlagstext

Das eigentlich repräsentative Porzer Rheinufer unterhalb des Bezirksrathauses /etwa Stromkilometer Rhein 678,2 bis 678,6) müsste besser gepflegt werden, d. h. das Unkraut an den Hängen des Rheinbergs mind.zwei mal im Jahr entfernen und die Bäume an der Porzer Rheinpromenade müssten wie früher jedes Jahr gestutzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bäume an der Rheinpromenade werden alle 2 Jahre geschnitten. Der Bereich liegt im Landschaftsschutzgebiet (L20). Der Schutzzweck ist u. a. die Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes durch Sicherung naturnah entwickelter Rheinuferbereiche als Lebensraum bedrohter Tier- und Pflanzenarten sowie zur Abwehr schädlicher Einwirkungen auf den Naturhaushalt. Die Vorgaben des Landschaftsplanes und Landschaftsschutzes sind zwingen zu beachten, demnach wird die Rheinpromenade gemäß Pflege- und Entwicklungskonzept Rheinuferbereiche gepflegt.

Ausschuss Bezirk

UGG Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der nächste Baumschnitt erfolgt 2009.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
57	1669	Walnussbäume Flehbachau

Vorschlagstext

Anpflanzung von Walnussbäume in der Flehbachau am Spielplatz, gegenüber Flehbachstraße und im weiteren Verlauf des Flehbachs. Mit Genehmigung würde ich den ein oder anderen Baum auch selber pflanzen. Die Walnuss wurde zum „Baum des Jahres 2008“ ausgerufen. Wegen fehlender Nachpflanzung gingen die Walnuss-Bestände in Deutschland stark zurück, so das „Kuratorium Baum des Jahres“. „Wir sollten uns mehr um diesen typischen Hausbaum, unseren guten, alten Freund kümmern“ forderte der Kuratoriums-Vorsitzende Silvius Wodarz. Der Walnussbaum hat gleich zwei Dinge von höchster Qualität zu bieten: edelstes Holz und beste Nüsse.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Grundsätzlich ist eine Baumspende möglich, aber nicht in dem angesprochenen Bereich. Die Flehbachau gehört zum Geschützten Landschaftsbestandteil LB 8.05. Der Schutzzweck dient zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere durch Erhaltung von Feuchtgebieten und Fließwassersystemen. Außerdem zur Belebung, Gliederung und Pflege des Landschaftsbildes, insbesondere durch Sicherung markanter Geländeformen und Erhaltung vorhandener Reste der bäuerlichen Kulturlandschaft. Und zur Abwehr schädlicher Einwirkungen. Das geschützte Gebiet ist ein Lebensraum von regionaler Bedeutung für bedrohte Pflanzen- und Tierarten der Feuchtgebiete. Das strukturreiche, durch Feuchtwiesen, den Flehbach, Kopfweiden, Ufergehölze, Hochstaudensäume und die artenreichen Böschungen der Fliehbung geprägte Gebiet ist auch von besonderem Wert für Höhlenbrüter und Wiesenvögel. Ein Walnussbaum passt nicht hier hinein daher wird der Vorschlag abgelehnt.

Ausschuss Bezirk

UGG Kalk

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
58	1397	Bänke + Papierkörbe im Stadtwald

Vorschlagstext

Leider sind in den letzten Jahren die meisten Bänke im Stadtwald zerstört worden. Am Spielplatz gibt es noch reichlich Bänke, aber je weiter man in den Stadtwald hineingeht umso weniger Bänke gibt es. Es wäre so einfach, aus den vielen Baumstämmen, die reichlich im Stadtwald rumliegen einfache Bänke herzustellen. Die Senioren - die im Moment keine Chance haben, im Stadtwald spazieren zu gehen - werden es Ihnen danken.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen. Für eine sukzessive Beseitigung der Defizite an Bänken in sehr vielen Grünanlagen nach Prioritäten sind entsprechende Haushaltsmittel notwendig. Empfohlen wird dies als Programm für die nächsten Jahre.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
59	5790	Spielplatzsanierung, Köln-Longerich, Eugen-Sänger-Straße

Vorschlagstext

Der Spielplatz wurde vor 25 Jahren errichtet und die meisten Spielgeräte wurden in den letzten Jahren ersatzlos abgebaut, nachdem sie völlig marode waren. Für Ersatz wurde in der kinderreichen Siedlung bisher nicht gesorgt, geblieben ist eine Sandfläche. Andere Spielplätze sind mehr als 2 Kilometer entfernt und für Kinder aus der Siedlung nicht zu erreichen, insbesondere da vielbefahrende Straßen benutzt werden müssen. Im gesamten westlichen Teil von Longerich gibt es keine weitere Spielfläche mehr.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde aufgenommen, es muss aber die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelemente installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
60	3156	Naturspielplätze einrichten

Vorschlagstext

Statt die immer gleichen und superteuren Spielgeräte aufzustellen, die kurz darauf wieder bekrakelt werden, könnten Naturspielplätze entstehen - mit Gebüsch zum Verstecken, dicken Baumästen und großen Holzstücken zum Spielen, Baumstämmen zum Balancieren und echten Bäumen zum Klettern. Solche Plätze kann das Grünflächenamt in Eigenregie bauen. Sie wären preiswert und eine schöne Abwechslung!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde befürwortet. Die Errichtung eines Naturspielplatzes kann in Leidenhausen umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für den Naturspielplatz in Leidenhausen wurde ein Konzept erarbeitet, welches noch der Abstimmung mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie bedarf. Mit der Finanzmittelbereitstellung wird im Februar gerechnet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
61	3322	Sauberkeit auf öff. Straßen und in Grünanlagen

Vorschlagstext

Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland vermüllt Köln zusehends. Straßen, öffentliche Plätze und Grünflächen werden systematisch zugemüllt und verschmutzt. Wilde Müllkippen und illegal entsorgter Abfall verunzieren alle denkbaren Orte in der Stadt. Besonders Grünflächen verkommen immer häufiger zu Müllplätzen (zu beobachten z. B. linksrheinisch auf der "Grünfläche" unter der und um die Severinsbrücke herum) Zugleich ist eine vermehrte Versteppung vieler Straßen mit Gras und Unkraut zu beobachten. Straßenreinigung in größerem Umfang findet - nach meiner Beobachtung - nur noch nach sog. "Groß-Events" wie Karneval oder Marathon statt. Die Straße, in der ich wohne (Mechtildisstraße) ist in den letzten 10 Jahren durch die städt. Straßenreinigung nachweislich nicht mehr gesäubert worden. So entstehen in Köln zunehmend Orte der Verwahrlosung, die Kleinkriminalität anziehen und von den "normalen" Bürgern gemieden werden. Mein Vorschlag: Erhöhte Säuberungsfrequenzen, bessere Lichtquellen, vermehrte Kontrollen, auch von uneinsichtigen Hundehaltern, Sanktionierung von Müllsündern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Teilbereiche der Straßenreinigung wurden vom Amt für Straßen- und Verkehrstechnik auf die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) übertragen. Die Festlegung der Reinigungsintervalle etc. erfolgt von dort. Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant. Die Reinigung der Mechtildisstraße erfolgt derzeit dreimal wöchentlich. Wäre in den letzten 10 Jahren keine Reinigung erfolgt, wäre die Straße wohl nicht mehr befahr- oder begehbar. Die unterschiedlichen Reinigungs-Frequenzen sind dem tatsächlichen Bedarf angepasst und im Straßen-Verzeichnis der Straßenreinigungs-Satzung aufgeführt. Die Wildkrautbeseitigung erfolgte bisher nicht planmäßig im Rahmen der Straßenreinigung, sondern sporadisch durch das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik im Rahmen der Verkehrssicherung. Im Jahre 2008 wird seitens der AWB ein Konzept erstellt, dass eine plan- und regelmäßige Wildkrautbeseitigung zum Inhalt hat.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Teilbereiche der Straßenreinigung wurden vom Amt für Straßen- und Verkehrstechnik auf die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) übertragen. Die Festlegung der Reinigungsintervalle etc. erfolgt von dort. Die satzungsgemäße Fahrbahn- und Gehwegreinigung in der Mechtildisstr. erfolgt weiterhin dreimal wöchentlich durch die AWB. Eine Satzungsänderung wird nicht angestrebt. Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von festgestellten Verunreinigungen. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
62	3132	Bäume am Richard-Wagner-Str.

Vorschlagstext

Mein Vorschlag: Bäume am Richard-Wagner-Str. pflanzen, und nicht auf dem Bürgersteig parken lassen, es gibt jetzt kaum Platz fuer die Fussgaenger. Die Bäume werden auch die Strasse leiser machen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Die Straße ist von hoher und sehr dichter Bebauung geprägt. In dem relativ schmalen Straßenprofil befindet sich neben der Fahrbahn, eine Straßenbahnlinie, sowie Radwege.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
63	2434	Brunnen am Kaiser-Wilhelm-Ring

Vorschlagstext

Ich bin Niklas, drei Jahre alt - mit meinem Papa gehe ich sehr gerne bei den Brunnen am Kaiser-Wilhelm-Ring spazieren. Wenn wir dann die beiden Einzelbrunnen an beiden Enden mit den Statuen anschauen kann Papa mir nie richtig erklären, warum da kein Wasser drin ist. Weil die nicht sauber gemacht werden. Aber wenn die sauber sind, könnte doch auch Wasser rein und die Springbrunnen könnten spritzen. Mein Papa sagt, der Oberbürgermeister hat dazu nicht genügend Geld. Jetzt habe ich hier die Möglichkeit, dafür Gleichgesinnte zu finden, die auch meiner Meinung sind!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Von der Stadt Köln können nur insgesamt 13 Brunnen und Fontänen betrieben werden. Zusätzliche Brunnen können nur durch Sponsoren in Betrieb genommen werden. Die Verwaltung ist bemüht Sponsoren zu finden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird bereits im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
64	1897	Erweiterung / Verschönerung der Grünanlage vor der Pauluskirche (gegenüber Ulrepforte)

Vorschlagstext

Die kleine Grünfläche vor der Kirche St. Paul, umschlossen von Vorgebirgstraße, Kleingedankstraße und Lothringer Straße ist auf historischen Fotos als wunderschöne Schmuckanlage mit Blumenbeeten und zwei schlanken Zypressen zu sehen, die von einem gusseisernen Gitter umzäunt war. Zusammen mit der zum Sachsenring hin orientierten Kirche im Hintergrund bot sie ein malerisches Bild. Bereits vor dem Kriege vereinfacht wurde sie in den 1960er Jahren durch den Bau der Nord-Südfahrt auf knapp die halbe Fläche beschnitten. Die heute ungeordnet wirkende Bepflanzung mit weit ausladenden Taxussträuchern verkleinert die Fläche zusätzlich. Um wieder einen optischen Bezug zur Kirche herzustellen, bzw. ein angemessenes Vorfeld zu schaffen, sollte die Bepflanzung wieder auf diese hin ausgerichtet werden (Mittelachse); insbesondere die langen unteren Äste der Platane Ecke Vorgebirgstrasse/ Kleingedankstraße sollten beschnitten werden, da sie den Bau erheblich verdecken. Darüber hinaus plädiere ich dafür, die Fläche wieder zu vergrößern, indem zunächst die seit vielen Jahren ohnehin nicht mehr nutzbare Wendespur von der Kleingedankstraße in die Vorgebirgstrasse an der Spitze der Anlage zurückgebaut wird. Zudem könnte die nicht unbedingt notwendige Wendespur auf der Vorgebirgstrasse entfallen (stadtauswärts linke Fahrbahn). Wenden ist auch durch umfahren der Anlage möglich und links abbiegen von der Ulrichgasse auf den Sachsenring ist durch umfahren der Haltestelle Ulrepforte möglich. Würde also die linke der drei Fahrspuren frei, so könnte diese als Geradeausspur verwendet werden, sodass die rechte Fahrspur zurückgebaut und der Anlage wieder zugeschlagen werden könnte. Verkehrstechnisch hätte diese Lösung zudem den Vorteil, dass stadtauswärts fahrende Verkehrsteilnehmer die ab der Kreuzung Lothriger Straße sich verengende Fahrbahn früher und besser einsehen könnten, wodurch die Unfallgefahr an dieser Stelle gesenkt würde. Meiner Meinung nach ideal wäre dann eine Abgrenzung der Anlage durch geschnittene Hecken zu den (seitlichen) Fahrbahnen und die Verlagerung der Gehwege nach innen als gestreute oder gepflasterte „Park“- Wege. Dies erlaubte zumindest auf der Seite der Kleingedankstraße die Aufstellung von Bänken. Bei einer ansprechenden gärtnerischen Gestaltung der Mittelfläche würde dieser grundsätzlich ja schöne Ort zwischen Ulrepforte und Pauluskirche auch zum Verweilen einladen, was nicht zuletzt im Hinblick auf die unmittelbar angrenzende neu entstehende Seniorenwohnanlage von Interesse sein dürfte. Martin von Bongardt

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet. Eine Kostenermittlung kann aber erst nach Festlegung des Umbauvolumens vorgenommen werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Planung wird noch vorgenommen und im Anschluss die Kosten ermittelt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
65	4380	Haltestelle Leuchterstr. / Zeisbuschweg

Vorschlagstext

Die Bushaltestellen am Zeisbuschweg unterliegen keiner sozialen Kontrolle durch Anwohner etc. Besserung könnte sich hier ergeben, wenn beide Haltestellen von der Haltestelle der Linie 4 einzusehen wären. Dies könnte man erreichen, indem die bewachsene Fläche zwischen Zeisbuschweg und An den Buchen in eine Wiese mit z.B. wenigen Obstbäumen umgestaltet. Dies würde zudem für mehr Sicherheit auf dem Fußweg zur Strasse An den Buchen führen und sich gut ins Landschaftsbild einpassen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Es handelt sich um einen ca. 50 jährigen Waldbestand im Landschaftsschutzgebiet. Die Umwandlung in eine Wiese müsste gemäß Landesforstgesetz von der unteren Forstbehörde im Rahmen eines Waldumwandlungsverfahrens genehmigt werden. Wegen der besonderen Funktionen des Waldes (Sicht-, Lärm-, Immissions- und Wasserschutzschutz) an dieser Stelle ist die Umwandlung nicht genehmigungsfähig. Anstatt in den Wald einzugreifen, könnte die Sicherheit durch bauliche Veränderung im Bereich der Haltestelle (z.B. Beleuchtung) verbessert werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Mülheim

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt. Es wird dem Verwaltungsvorschlag gefolgt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
66	3009	Sauberkeit in Grünflächen und an Strassen

Vorschlagstext

Die Sauberkeit in kleinen Waldstücken und an Wegen läßt sehr zu wünschen übrig, hier müßte mehr gemacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
67	5784	Hundesteuer sinnvoll verwenden, z.B. für Kompetenz

Vorschlagstext

Ich bin als verantwortungsbewusste Hundeführerin nicht dafür, dass Hunde sich auf Gehwegen erleichtern, ohne dass der Besitzer das Große wegmacht. Auch gehört Hundekot nicht auf den Spielplatz! Allerdings wird unsere nicht unerhebliche Hundesteuer auch nicht dafür aufgewendet, sinnvolle Hundeausläufflächen zu schaffen, die dann auch als solche gekennzeichnet sind und wo dann aber bitte auch KEINE Sonnenanbeter und Jugendliche mit lauter Musik sich aufhalten. Vor allem fehlt hier der Sachverstand bei der Stadt. Ein nicht eingezäunter Platz an einer stark befahrenen Straße mit einem Reitweg daneben und einem See, an dem im Sommer Jugendliche liegen, ist KEIN geeigneter Hundefreilauf! Wenn der Hund nicht auf den Spielplatz soll, dann sollen die badenden Kinder aber bitte auch nicht auf den Hundefreilauf - die arme Frau, die beides hat :-). Mir fehlt da ein/e bürgernahe/r, kompetente/r Experte/in bei der Stadt, den/die ich gerne von meiner Hundesteuer finanzieren möchte, ebenso wie gute und sinnvolle Hundeflächen, dann wird sicher auch das Spielplatz- und Grünflächenproblem kleiner. Sicher gibt es bescheuerte Hundebesitzer, aber es gibt auch bekackte Mütter und jede Menge andere Jecken. Man kann aber als Stadt nicht immer eine Gruppe bezahlen lassen und dann nichts für sie tun! Diese Politik macht die Tiere - wie immer - zu Prügelknaben...und Tiere sind wichtig! Gerade für Kinder!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist ihren Einwohnern in vielfältiger Weise verpflichtet. Das erfordert, dass u. a. die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Haushalts sind die Steuereinnahmen. Die bekannte angespannte Haushaltssituation zwingt neben der Notwendigkeit zu sparen verständlicherweise auch dazu, dass die Einnahmemöglichkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen sind. Neben den dargelegten finanzpolitischen Komponenten darf der ordnungspolitische Charakter der Hundesteuer nicht unbeachtet bleiben. Gerade in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung aufgebaut. Aufgabe der politischen Vertreter der Bürger ist es, ausgewogen auf deren in unterschiedlichen Interessenlagen begründeten Einzel- und Kollektivwünsche zu reagieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die Hundesteuer in Großstädten höher ist als in kleineren Gemeinden, deren Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung naturgemäß weitaus geringer ist. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hundesteuer, wie alle anderen Steuern auch, ein allgemeines Deckungsmittel zur Finanzierung der von der jeweiligen Körperschaft zu erfüllenden Aufgaben ist. Anders als bei Gebühren und Beiträgen, deren Festsetzung eine konkrete Leistung voraussetzt, werden aus den steuerlichen Einnahmen die gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen Aufgaben geleistet, die nicht durch Gebühren und Beiträge finanziert werden. Fälschlicherweise wird oft angenommen, dass das Hundesteueraufkommen dazu verwendet würde, die durch die Hundehaltung bedingte Verunreinigung öffentlichen Geländes zu beseitigen oder sonstige mit der Haltung von Hunden verbundene Maßnahmen zu finanzieren. Abgesehen davon, dass die aus den genannten Gründen nicht zulässig ist, würden die aus der Hundesteuer erzielten Einnahmen zur Durchführung dieser Aufgaben nicht ausreichen. In Anbetracht der obigen Ausführungen kann eine Abschaffung der Hundesteuer nicht in Erwägung gezogen werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
67a	2569	Kein Hundekot in den Grünflächen

Vorschlagstext

Leider ist es immer wieder eine bittere Erfahrung wenn man durch die Kölner Grünflächen streift, zum einen sind es unangeleinte Hunde, die einen fast anfallen und zum anderen sind es die netten Hinterlassenschaften der Hunde. Nichts gegen Hundehalter, aber es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit unter den uneinsichtigen Hundehalter zu leiden hat. Anscheinend gehts hier auch nur mit entsprechendem Druck der Obrigkeit. Daher mein Vorschlag, weiter Hundefreilaufflächen in weniger frequentierten Bereichen einzurichten und die zentralen Grünflächen intensiver überwachen zu lassen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot in städtischen Grünanlagen. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
67b	5971	Mehr Hundefreilauf- flächen

Vorschlagstext

Das Leben in Köln mit Hund ist sehr schwer, zumal viel zu wenige Hundefreilaufflächen vorhanden sind.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist ihren Einwohnern in vielfältiger Weise verpflichtet. Das erfordert, dass u. a. die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Haushalts sind die Steuereinnahmen. Die bekannte angespannte Haushaltssituation zwingt neben der Notwendigkeit zu sparen verständlicherweise auch dazu, dass die Einnahmemöglichkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen sind. Neben den dargelegten finanzpolitischen Komponenten darf der ordnungspolitische Charakter der Hundesteuer nicht unbeachtet bleiben. Gerade in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung aufgebaut. Aufgabe der politischen Vertreter der Bürger ist es, ausgewogen auf deren in unterschiedlichen Interessenlagen begründeten Einzel- und Kollektivwünsche zu reagieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die Hundesteuer in Großstädten höher ist als in kleineren Gemeinden, deren Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung naturgemäß weitaus geringer ist. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hundesteuer, wie alle anderen Steuern auch, ein allgemeines Deckungsmittel zur Finanzierung der von der jeweiligen Körperschaft zu erfüllenden Aufgaben ist. Anders als bei Gebühren und Beiträgen, deren Festsetzung eine konkrete Leistung voraussetzt, werden aus den steuerlichen Einnahmen die gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen Aufgaben geleistet, die nicht durch Gebühren und Beiträge finanziert werden. Fälschlicherweise wird oft angenommen, dass das Hundesteueraufkommen dazu verwendet würde, die durch die Hundehaltung bedingte Verunreinigung öffentlichen Geländes zu beseitigen oder sonstige mit der Haltung von Hunden verbundene Maßnahmen zu finanzieren. Abgesehen davon, dass die aus den genannten Gründen nicht zulässig ist, würden die aus der Hundesteuer erzielten Einnahmen zur Durchführung dieser Aufgaben nicht ausreichen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
68	740	Spielplätze

Vorschlagstext

Es sollten für unsere Kinder und Jugendliche etwas mehr für Spielplätze und für den Fußball getan werden! Z.B. Mehr Spielgeräte und Instandhaltung der Geräte nur eine Rutsche und Schaukel ist meiner Meinung ein bisschen zu wenig, und den Jugendlichen ein richtigen Fußball und Handball Platz im Park. In Köln-Eil und Gremberghoven.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelemente installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
69	1344	Kinderspielplatz

Vorschlagstext

Es ist dringend notwendig, dass in der sogenannten "englischen Siedlung" in Köln-Raderthal ein Kinderspielplatz gebaut wird, da überhaupt kein Angebot für die zahlreichen Familien mit kleinen Kindern vorhanden ist. Als Platz bieten sich hervorragend die Grünflächen in der Verlängerung des Fritz-Encke-Parks bzw. die Grünflächen zum Militärring an. Zumal diese Flächen hauptsächlich als Hundespielflächen benutzt werden und es sicherlich im Sinne aller umsetzbar wäre, einen Teil dieser Fläche als Spielplatz abzutrennen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet und kann bei entsprechender Mittelbereitstellung umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang **Vorsch. Nr.** **Überschrift**
70 5792 Bolzplatz, in Köln-Longerich, Park zwischen Dädalusring und Lützlongericher Straße

Vorschlagstext

Im westlichen Teil von Longerich fehlt es für die Kinder und Jugendlichen an ausreichenden Spielmöglichkeiten. Die Parkfläche zwischen Dädalusring und Lützlongericher Straße wird von Kindern zum Fußballspielen genutzt. Es fehlt jedoch an Toren, die der Witterung und Beanspruchung Stand halten. Darüber hinaus werden die Grünflächen als Hundetoilette benutzt, sodass es wenig Spass macht dort Fußball zu spielen. Durch die offizielle Einrichtung des Bolzplatzes würde die Park- und Grünfläche von den Hundebesitzern respektiert und nicht als Hundetoilette genutzt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet, der Bolzplatz müsste neu angelegen werden. Die Kosten hierfür und müssen noch ermittelt werden.

Ausschuss **Bezirk**
JHA Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Bolzplatz muss neu angelegt werden, mit der Planung soll Anfang 2009 begonnen werden.

Rang **Vorsch. Nr.** **Überschrift**
71 4950 Reitwege ausbessern

Vorschlagstext

Also in Weiß hinter Rodenkirchen gibt es direkt am Rhein das Reit Therapie Zentrum (RTZ). Wo Körperbehinderte und auch Geistigbehinderte Kinder und Erwachsene unter aufsicht Reiten können. Und am schönsten ist das natürlich in der freien Natur, aber seit einigen Jahren sind die Reitwege da so vermatscht und verschutz das man die Pferde und so auch die Kinder und Erwachsenen nicht mehr drausen führen kann. Ausser natürlich auf der Straße und das ist nicht gerade so Gefahrlös. Deshalb wünsche ich mir das die Wege dort aufgeschuttet und verbessert werden. Wo dann die betroffenen Menschen vernümpftige Reitwege in anspruch nehmen können. (es ist ja nicht so als würden sie nichts bezahlen, denn jedes Pferd hat eine Plakete zu der sie verpflichtet sind und müssen dafür auch Jährlich einen Beitrag zahlen damit eigentlich die Wege in stand gesetzt werden können) Deshalb sollte man nicht nur an sich denken wo es uns doch allen so gut geht, sondern an die Menschen die in dieser Sportart Halt, Vertrauen und vielleicht sogar einen grossen Therapiefortschritt schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet. Die genannten Reitwege liegen überwiegend nicht auf städtischen Grundstücken (Privat- und Bundeseigentum). Die Unterhaltung der Wege wird aus Mitteln der Reitabgabe finanziert. Die Mittel werden von der Unteren Landschaftsbehörde nach Abstimmung mit den Reiterverbänden zugewiesen. Da das Gesamtaufkommen der Reitabgabe für die Instandsetzung der Reitwege in Köln nicht ausreicht, verteilt die Untere Landschaftsbehörde die Mittel nach Prioritäten. Durch die Lage der Reitwege im Weißer Bogen im unmittelbaren Überflutungsbereich des Rheins ist es, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt haben, nicht sinnvoll wie anderen Orts alle paar Jahre aufwendige Instandsetzungen durchzuführen. Das nächste Hochwasser spült den eingebrachten Sand weg oder überdeckt ihn mit Auenlehm. In den vergangenen Jahren wurden daher dort jährlich rund 5.000,- EUR ausschließlich für Unterhaltungsmaßnahmen (Freischnitt, Verkehrssicherung, Ausgleich grober Unebenheiten) verwendet. Für eine Grundinstandsetzung der Reitwege im Weißer Bogen sind 83.000 EUR erforderlich.

Ausschuss **Bezirk**
UGG Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 10.11.2008 Gelder von insgesamt 80.000 EUR für die Instandsetzung von Reitwegen im Weißer Bogen in Köln-Rodenkirchen, in Brück und Dünnwald zur Verfügung gestellt. Die ersten Unterhaltungsmaßnahmen in Form von Freischnitt der Reitwege im Weißer Bogen wurden bereits ausgeschrieben und durchgeführt (Auftragsvolumen rd. 9.200 EUR). Eine Grundsanierung der Reitwege erfolgt 2009.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
72	3778	Plan zum Pflanzen von Bäumen

Vorschlagstext

Dieser Vorschlag wurde schriftlich eingereicht und von der Redaktion eingegeben: Frau Herrmann schlägt vor, als Beitrag zur Reduzierung des CO2 sollte die Stadt ein Plan zum Pflanzen von Bäumen entwerfen und die Bevölkerung zur aktiven Mithilfe auffordern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bevölkerung wird bereits zur Mithilfe aufgefordert, entsprechende gestaffelte Pläne sind vorhanden, der Vorschlag ist nicht Haushaltsrelevant.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Jedes Jahr wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ein umfangreiches Programm zur Ersatzpflanzung von Bäumen umgesetzt. Darüber hinaus werden Vorschläge zur Neupflanzung von Bäumen aufgenommen und soweit möglich umgesetzt. Insbesondere im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen werden jedes Jahr zahlreiche neue Bäume gepflanzt. Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
73	3379	Kreisverkehre schön gestalten

Vorschlagstext

Die Kreisverkehre in Köln sind optisch ein Greuel. Während die Nachbargemeinden wunderschön begrünte und gestaltete Kreisverkehrinseln haben, sprießt in Köln das Unkraut. Warum? In Nachbargemeinden machen dieses Gestaltung und Unterhalt private Gärtnereien. Diese können dafür auch auf den Inseln werben. Mit vier Schildern in der Größe DIN A 2. In Köln will man das offiziell auch. In Wahrheit aber sind die Auflagen so hoch, das es sich für die Gärtnereien nicht lohnt. Diese müssen beim bepflanzen und pflegen der Inseln Verkehrspläne einreichen, damit der Innenbereich der Inseln abgesperrt wird. Aus Sicherheitsgründen! Diese Pläne kosten ein Heidengeld, bis zu 1000 €. Die Städtischen Arbeiter aber setzen einfach, wenn überhaupt, zwei rot-weiße Hütchen und fange mit dem oberflächlichen Unkraut jäten an. Die Werbung, die die privaten Gärtnereien machen dürfen, beschränkt sich auf 2 DIN 3 große Werbeflächen, nicht 4 DIN A 2 Flächen wie bei den Nachbargemeinden. Und deswegen lohnt es sich für private Gärtnereien nicht. Warum das alles? Personal beim Amt für Landschaftspflege wäre überflüssig, müsste entlassen werden. Und dann hält man zusammen, macht die Anforderungen immens hoch, und keiner interessiert sich dafür. Alles bleibt beim alten. Kostet viel Geld an Unterhaltung. Und ist dennoch häßlich und unbepflanzt. Durch eine Privatisierung hätte man überhaupt keine Unterhaltskosten für die Mittelinsel mehr, zudem wären sie wunderschön. Deswegen mein Vorschlag - die Stadtverwaltung hat bei den Vorgaben für die Gestaltung der Mittelinselflächen die gleichen Vorgaben zu machen wie die benachbarten Gemeinden. Dann würden wir Kölner endlich nicht neidisch über den Stadtrand gucken.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Werbemonopol liegt bei der Kölner Aussenwerbung, die entsprechende Vorgaben für die vertraglichen Regelungen zwischen Sponsoren und dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen macht. Entgegen der Angaben im Vorschlagstext darf jedoch auch in Köln pro Kreisverkehr an jeder Straßeneinmündung ein Schild im DIN-A 2 –Format zu Werbezwecken oder als Wegweiser zum Unternehmen der Sponsoren aufgestellt werden. Maximal werden insgesamt pro Kreisverkehr vier Schilder zugelassen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
74	2962	Nordpark Spielplatz

Vorschlagstext

Wir brauchen einen schönen Spielplatz im Nordpark ! Immer mehr Menschen mit Kindern leben inzwischen im Einzugsgebiet des Parks. Durch diverse Bauprojekte angelockt (Nippshof etc.) Die Leute nutzen den Park auch intensiv. Leider wird aber der kleine Spielplatz in der Nähe der Amsterdamer Straße total vernachlässigt. Es gibt dort nur zwei Schaukeln und eine altersschwache Rutsche. Bitte macht den Spielplatz attraktiver! Es gibt bestimmt sehr viele Kinder, die darauf warten. Der nächste brauchbare Spielplatz ist m.K.n. am Leipziger Platz oder im Zoo !!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei entsprechender Mittelbereitstellung kann der Vorschlag umgesetzt werden und der Spielplatz attraktiver gestaltet werden.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
75	4941	Porz-Gremberg- hoven Baggerseen

Vorschlagstext

Die gewerbliche Nutzung der Gremberghovener Baggerseen läuft in den nächsten Jahren aus. Die Stadt Köln sollte frühzeitig Pläne für die Freigabe der Seen als Natur- und Erholungsgebiet für die Porzer Bürger erstellen. Die Seen sollten auch für Wassersportmöglichkeiten jeglicher Art, verfügbar gemacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die beiden privaten Seen stehen aus eigentumsrechtlich und naturschutzfachlichen Gründen nicht für Erholung und Wassersport zur Verfügung. Der Bereich ist im Landschaftsplan der Stadt Köln als Naturschutzgebiet bzw. Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Der Schutzzweck dient der Erhaltung und der Wiederherstellung eines ungestörten Lebensraumes für bedrohte Wasservögel. Eine Freigabe als Erholungsgebiet und für Wassersportzwecke steht diesem Schutzzweck entgegen. Als Naturschutzgebiet ist das Betreten des gesamten Gebietes verboten, ebenso wie das Befahren der Seen mit Wasserfahrzeugen jeglicher Art sowie das Baden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
76	2378	Flehbachau Köln-Brück

Vorschlagstext

Auf dem Weg in der südlichen Flehbachau sollen wieder Bänke aufgestellt werden. Die früher vorhandenen Holzbänke sind verrottet gewesen und wurden nicht ersetzt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet. Für eine sukzessive Beseitigung der Defizite an Bänken in sehr vielen Grünanlagen nach Prioritäten sind entsprechende Haushaltsmittel notwendig. Empfohlen wird dies als Programm für die nächsten Jahre.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Kalk

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
77	1656	Wald in Vingst endlich wieder in Ordnung bringen

Vorschlagstext

Seit Jahren wird der Wald am Ende der Kuthstrasse (gleich hinter den Reihenhäuser ab Nr 180) nur noch Müllplatz für den Grünschnitt der Anwohner und Schrebergärteninhaber benutzt. Auch vorbeifahrende Autos, die in Richtung Alter-Deutzer Postweg unterwegs sind halten an und schmeissen Ihren Müll- ab in den Wald. Durch den Sturm Kyrill im Dezember und den Gartenabfällen, die sich türmen, ist ein normaler Durchgang nicht mehr möglich. Wäre es nicht eine Bereicherung für alle Spaziergänger (und für die Anwohner) wenn der Wald EINMAL in Ordnung gebracht würde und vielleicht noch die ein oder andere Bank zum Verweilen einladen würde? Ich denke, auch die Anwohner, würden dann gerne die Patenschaft für diese kleine "grüne Lunge" annehmen und pflegen. Wäre es nicht erstmal mit einem Anfang, d.h. mit einer Säuberung den Bewohnern zu helfen? Eine grosse Bereicherung für alle, mit einem geringen Aufwand.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vingster Berg wurde Anfang 2008 durch die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) gereinigt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Kalk

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird bereits im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde umgesetzt.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
78	4832	Blücherpark

Vorschlagstext

Es wäre schon sehr damit geholfen, diesen schönen Park ein wenig mehr zu Pflegen. Das heisst genau, macht mal endlich den Weiher sauber! Wasser raus, Schlamm raus, neu befüllen und mit ordentlichen Wasserpflanzen versehen. Desweiteren, die seit anderthalb Jahren defekte Mauer, provisorisch eingezäunt und Potthässlich. Das dürften keine Unsummen verschlingen! Die Vorschläge zum Lärmschutz die es schon gibt, kann ich auch nur unterstützen!! Gruß Wolle

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Sanierung von Gewässern in den Grünanlagen ist ein stadtweites Problem. Mit der Priorität „Groov-Sanierung“ ist eine sukzessive Sanierung bei Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel beabsichtigt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Sanierung von Gewässern sind im Etat 150.000 EUR in 2008 und 300.000 EUR in 2009 veranschlagt. Zur Zeit werden die dringendsten Sanierungsbedarfe untersucht.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
79	4381	Neuer Sand und neue Geräte für den Spielplatz an der Garthestraße

Vorschlagstext

Der Spielplatz an der Garthestraße in Riehl ist in einem eher traurigen Zustand: Öde und teils steinalte Spielgeräte stehen auf einem Sand, der stellenweise nach wenigen Zentimetern in eine seltsam dunkelbraun-schmierige Masse übergeht. Der Vorschlag: Neue Geräte, auch für etwas ältere Kinder, und neuen Sand (alternativ: Rindenmulch und eine erkennbare Sandkiste) beschaffen. Dies ist schon deswegen dringend geboten, da der Spielplatz auf dem Hof von zwei gegenüberliegenden Grundschulen den anstehenden Baumaßnahmen auf dem Schulhof fürs Erste um Opfer fallen wird. Insbesondere die Kinder der gemeinsamen Offenen Ganztagschule (zur Zeit 175 Plätze) benötigen aber ein vernünftiges Areal zum Spielen und Toben im Freien. Angedacht ist daher schon, die Straße abzupollern, um den Schulkindern vor- und nachmittags einen sicheren Weg zum Spielplatz auf der anderen Straßenseite zu verschaffen. Damit sich dieser Weg lohnt, sollte der Spielplatz aber, wie oben erwähnt, kräftig "aufgemöbelt" werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Spielplatz ist schwermetallbelastet. Mit der Planung zur Sanierung und Umgestaltung wird 2008 begonnen.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Nippes

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Kinderbeteiligung wurde durchgeführt und die Vorschläge wurden in eine Entwurfsplanung eingearbeitet, die noch mit den Beteiligten abgestimmt werden muss.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
80	5742	Hundesteuer abschaffen

Vorschlagstext

Nur in wenigen europäischen Ländern (darunter Deutschland) gibt es noch die Hundesteuer als alte übernommene Luxussteuer; heute unter der Bezeichnung „Aufwandsteuer“, weil der Begriff Luxussteuer (wie auch die Hundesteuer) nicht mehr zeitgemäß ist. Viele europäische Länder haben den Sinn und die Notwendigkeit des Hundesteuerwegfalles klar erkannt und dementsprechend auch gehandelt, indem sie die Hundesteuer wegen ethischer, moralischer und verfassungsrechtlicher Bedenken sinnvollerweise abgeschafft haben. Die meisten europäischen Länder haben keine Hundesteuer mehr. Frankreich mit dreimal mehr Hunden hat sie 1979 abgeschafft. England, die Hundehochburg Europas, mit viermal mehr Hunden, im Frühjahr 1990. In Dänemark 1972, und in Schweden wurde sie 1995 abgeschafft. Dazu zählen noch Belgien, Spanien, Italien, Griechenland, Ungarn und Kroatien. Im Gegenzug hält man in Deutschland jedoch an einer solch grob sittenwidrigen Tierhaltesteuer nicht nur stur und beharrlich fest, mit der Absicht der „Einnahmeerzielung“, sondern erhöht sie ständig in Zeitabständen. Was aber wird als Gegenleistung für die hohen Hundesteuern von Köln geleistet??? Es gibt keine kostenlosen Hunde-kotbeutelspender wie in anderen Gemeinden, die sog. Freilaufflächen sind handtuchgroß und oft an Stellen gelegen, die viel zu gefährlich sind (z.B. direkt neben der Autobahn) und permanent wird man von Ordnungshütern verfolgt, um zur Kasse gebeten zu werden, wenn man seinen Hund auch an anderer geeigneter Stelle einmal ohne Leine laufen lässt, um dem natürlichen Bewegungsdrang des Tieres gerecht zu werden! Daher fordere ich; Köln, schaff die Hundesteuer, die übrigens eine der höchsten im Land ist, ab!!!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist ihren Einwohnern in vielfältiger Weise verpflichtet. Das erfordert, dass u. a. die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Haushalts sind die Steuereinnahmen. Die bekannt angespannte Haushaltssituation zwingt neben der Notwendigkeit zu sparen verständlicherweise auch dazu, dass die Einnahmemöglichkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen sind. Neben den dargelegten finanzpolitischen Komponenten darf der ordnungspolitische Charakter der Hundesteuer nicht unbeachtet bleiben. Gerade in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung aufgebaut. Aufgabe der politischen Vertreter der Bürger ist es, ausgewogen auf deren in unterschiedlichen Interessenlagen begründeten Einzel- und Kollektivwünsche zu reagieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die Hundesteuer in Großstädten höher ist als in kleineren Gemeinden, deren Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung naturgemäß weitaus geringer ist. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hundesteuer, wie alle anderen Steuern auch, ein allgemeines Deckungsmittel zur Finanzierung der von der jeweiligen Körperschaft zu erfüllenden Aufgaben ist. Anders als bei Gebühren und Beiträgen, deren Festsetzung eine konkrete Leistung voraussetzt, werden aus den steuerlichen Einnahmen die gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen Aufgaben geleistet, die nicht durch Gebühren und Beiträge finanziert werden. Fälschlicherweise wird oft angenommen, dass das Hundesteueraufkommen dazu verwendet würde, die durch die Hundehaltung bedingte Verunreinigung öffentlichen Geländes zu beseitigen oder sonstige mit der Haltung von Hunden verbundene Maßnahmen zu finanzieren. Abgesehen davon, dass die aus den genannten Gründen nicht zulässig ist, würden die aus der Hundesteuer erzielten Einnahmen zur Durchführung dieser Aufgaben nicht ausreichen. In Anbetracht der obigen Ausführungen kann eine Abschaffung der Hundesteuer nicht in Erwägung gezogen werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
81	1578	Kennzeichnung der Hundefreilauf- flächen

Vorschlagstext

Seit der Einführung des Landeshundegesetzes in NRW hat die Stadtverwaltung Köln das Problem, dass die in der Anfangszeit der Hundefreilaufflächen angebrachten gelben Holzpfähle mit den blauen Hinweisschildern regelmäßig von Vandalen und Gegnern der Hundefreilaufflächen mutwillig beschädigt, wenn nicht sogar entfernt werden. In den vergangenen Jahren kam es zudem vor, dass die Stadt keine Finanzmittel mehr hatte, um diese Pfähle erneuern zu lassen. Somit sind fast alle Hundefreilaufflächen in Köln nicht mehr als solche erkennbar. Mein Vorschlag ist, dass die Kennzeichnung dieser Hundefreilaufflächen z.B. mit Findlingen erfolgen sollte, die in einer Art und Weise kenntlich gemacht werden, dass ein Jeder diese Freilaufflächen auch als Solche erkennen kann und eine Beschädigung bzw. eine Entfernung durch unberechtigte Personen verhindert wird. Neben der Kennzeichnung vor Ort, sollten die auf der Internetseite der Stadt Köln befindlichen Pläne auch einmal aktualisiert werden. Die seit über 1 1/2 Jahren eingerichtete Hundefreilauffläche im Johannes-Gisbert-Park in Nippes ist dort nicht verzeichnet.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es wird eine neue deutliche Kennzeichnung der Hundefreilaufflächen vorgenommen. Bei ca. 90 Hundefreilaufflächen und 4 Kennzeichnungen pro Hundefreilauffläche bei rund 125 EUR pro Schild entstehen Kosten in Höhe von ca. 45.000 EUR. Der Plan der Hundefreilaufflächen und die Darstellung im Internet wurden überarbeitet und bereitgestellt. Die Einhaltung der Grünflächenordnung, in der u. a. die Regelungen zu Hundefreilaufflächen und Hundeführung in Grünanlagen geregelt ist, wird nach wie vor durch das Amt für öffentliche Ordnung durchgeführt. Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog für Verstöße nach der Grünflächenordnung und der Kölner Straßenordnung wurde zuletzt durch die Stadt Köln im November 2006 erhöht, wobei die Beträge zur abschreckenden Wirkung bis zur Obergrenze des rechtlich durchsetzbaren angehoben wurden. Der Plan der Hundefreilaufflächen und die Darstellung im Internet werden aktuell überarbeitet und in Kürze bereitgestellt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Zur Zeit werden Angebote von Firmen eingeholt. Die Aufstellung von Schildern ist für das Frühjahr 2009 vorgesehen. Im Bürgerhaushalt sind hier 20.000 EUR für 2008 und 25.000 EUR für 2009 veranschlagt.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
82	2424	Schöneres Köln-Weiden

Vorschlagstext

Weiden ist einer der vernachlässigten Viertel der Stadt!!! Fuß/Radwege die wild bewachsen und beschissen sind. Keine Hundefreilauffläche -> daher wird überall geschissen!!! Keine vernünftige Überwege an fast allen Kreuzungen. Schulweg ohne Zebrastreifen oder Ampeln. Bzw. Ampel an der Grundschule fördert das Überfahren von Kindern!!! Schulzentrum + Turnhallen sind total verdreckt (Scherben) und verwahrlost. Umgebung des Einkaufcenter + der Kirche sind runtergekommen. Pflanzentöpfe sind leer und verwachsen. Hochstehende Platten auf den Bürgersteigen – durch die zu dicht gepflanzten Bäume. „Park“ hinter Kronstädterstraße wird kaum gepflegt. Wahrscheinlich fallen mir noch viele Punkte nachträglich ein...

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant..

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit und Sicherheit sind weiterhin Aufgabenschwerpunkte des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesen Bereichen konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies der Hauptaufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
83	906	Straßenbäume

Vorschlagstext

Bepflanzung der Berrenrather Str. mit Bäumen ab der Universitätsstraße bis zum Militärring

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Berrenrather Straße gehört zu den vielen, bereits untersuchten Straßen in Köln die aufgrund des Straßenprofils und den vielen Versorgungsleitungen eine Baumpflanzung nicht zulassen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
84	6335	Attraktivitäts- erhöhung der Hundefreilauf- flächen

Vorschlagstext

Sehr geehrte Damen und Herren, Die vorhandenen Hundefreilaufflächen werden von den Hundehaltern kaum oder gar nicht genutzt, da ein Gang über die Freilauffläche nach kurzer Zeit erledigt ist, der Hund jedoch einen notwendigen längeren Auslauf braucht. Es ist also notwendig, die Verweildauer der Hunde und Hundehalter auf diesen Flächen zu verlängern. Um dies zu erreichen, schlage ich eine "Möblierung" der Freilaufflächen vor. Bänke, auf denen sich die Hundehalter setzen können, und mit anderen Hundehaltern sich austauschen können, währenddem die Hunde miteinander spielen, sind bestimmt vorteilhaft. Des weiteren z.B. Baumstämme, um mit den Hunden balancieren zu üben, oder sonstige Möglichkeiten mit den Hunden zu spielen (Stichwort "Agility). Solche Maßnahmen würden auch die Akzeptanz der Hundehalter anderen Verordnungen der Stadt gegenüber erhöhen (z.B. Entfernen des Hundekots), da die Stadt die Hundehalter, wie bis jetzt üblich, nicht nur zur Kasse bittet, oder mit Regelungen und Verordnungen überhäuft, sondern auch etwas für sie tut.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

'Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stellt in den Jahren 2008 und 2009 in Zusammenarbeit mit der Kölner Grünstiftung im Bereich zwischen Militärring, Dürener Straße, Friedrich-von-Schmidt-Straße und Stadtwaldgürtel Bänke auf. Die Standorte der Parkbänke werden zudem sukzessiv mit Abfallbehältern ausgestattet. Baumstämme wie im Vorschlag gefordert, können aufgrund von Unfallgefahren nicht ausgelegt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken werden im Bürgerhaushalt in 2008 und 2009 jeweils 200.000 EUR zur Verfügung gestellt. Der Finanzausschuss wird voraussichtlich am 09.02.2009 die Finanzmittelfreigabe beschließen

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
85	4206	Bänke

Vorschlagstext

Die Stadt Köln sollte mehr Bänke auf Grünflächen stellen, denn heutzutage kann man auf (fast) keiner Bank mehr sitzen, weil sie so vergammelt und alt sind. Auch die Bürger Kölns können helfen. Sie können Bänke spenden wo eine goldene Plakette drauf ist und auf der Plakette ihr Wunsch-Text. Sie müssen sich nur an die Kölner-Grün Stiftung wenden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für eine sukzessive Beseitigung der Defizite an Bänken in sehr vielen Grünanlagen nach Prioritäten sind entsprechende Haushaltsmittel notwendig. Empfohlen wird dies als Programm für die nächsten Jahre.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
86	3800	Deutz, Reischplatz oder Von-Sandt-Platz verschönern

Vorschlagstext

Sowohl der Von-Sandt-Platz als auch der Reischplatz bedürfen dringend der Renovierung. Es gibt einen Verein, der einen Brunnen für den ehemaligen Deutzer Wirt Hans Lommerzheim stiften möchte. Vielleicht könnte die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit diesem Verein einen der beiden Plätze neu gestalten? www.lommi-brunnen.de

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Spielplatz ist schwermetallbelastet. Mit dem Planungsentwurf zur Sanierung wurde 2007 begonnen und liegt bereits vor. Mit der Baumassnahme/Umgestaltung wird voraussichtlich 2008 begonnen. Die Finanzierung erfolgt über das Amt für Kinder, Jugend und Familie mit 80.000 EUR plus Planungskosten und über das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen mit 25.000 EUR. Mit dem Verein wird wegen der Spende für den Brunnen Kontakt aufgenommen.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Geht Anfang des Jahres 2009 in die Vergabe.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
87	5041	Beleuchtung; Hundeflächen

Vorschlagstext

1. Beleuchtung von Grünflächen/ Spazierwegen/ Joggingstrecken/ Hundefreilaufflächen >> Jogger, Spaziergänger, Radfahrer und Hundebesitzer müssen abends in absoluter Finsternis durch die Gegend ziehen. > Konkret bspw. beleuchtete Wege am Grüngürtel > beleuchteter Volksgarten > beleuchtete Hundewiese z.B. im Vorgebirgspark > beleuchtete Wege/ Hundewiese/ Joggingstrecke durch den Stadtwald
 2. Hundekotbeutelautomaten Als Hundebesitzer trete ich ebensowenig gern in Hundehaufen wie Nichthundebesitzer. > Bitte stellen Sie in Parks, besonders in der Nähe der Freilaufflächen Hundekotbeutelautomaten auf!
 3. geschlossene Mülleimer in Parks und co > die Raben veranstalten in den offenen Mülleimern und im Umkreis von ca. 100m um jeden Eimer ein Chaos, welches nicht zu fassen ist. Eimer leer - Umgebung voller Müll = viel Arbeit für die Menschen, die aufräumen müssen = viel zu viel Kosten, nehme ich an.
 4. Hundefreilaufflächen bitte besser und stabiler kennzeichnen > Wahrscheinlich durch Vandalismus werden die gelben Pfähle mit Fahnen immer weniger - was bedeutet, dass viele Menschen gar nicht wissen, dass sie mit ihren kleinen Kindern im Sommer mitten auf der Hundewiese grillen. Es kann aber nicht Aufgabe der Hundebesitzer sein, die ahnungslosen Menschen zu informieren. (>> Vorgebirgspark! Hier ist keine einzige Kennzeichnung da und übrigens an der Wiese nur weit und breit ein einziger Mülleimer, in dem man seinen Hundekotbeutel entsorgen kann) > Die gelben Pfähle, die oft noch ohne Infofähnchen stehen, kann übrigens auch kaum ein Nicht-Hundebesitzer identifizieren. > Vielleicht eine Metallmanschette um einen Pfahl (Material wie Straßenschilder?) anbringen, die nicht so einfach abgebrochen werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Zu 1: Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün werden Wege in öffentlichen Grünanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet. Beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stehen daher auch keine Mittel für die Beleuchtung von Wegen in Grünanlagen zur Verfügung. Grundsätzlich werden nur gewidmete Wege beleuchtet und vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik baulich unterhalten. Soweit durch sportliches Interesse die Notwendigkeit einer Beleuchtung der Strecken besteht, ist das Sportamt für eine Umsetzung zuständig. Zu 2.: Seit Mai 2007 erfolgte versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Die Testphase wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet, der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden. Zu 3: Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
87a	4258	Nicht am falschen Platz am Licht sparen

Vorschlagstext

Wenn man durch das nächtliche Köln zieht, fällt auf: einerseits viele äußerst trüb (wenn überhaupt) beleuchtete Wege und Parkanlagen; andererseits grassierend um sich greifend: grell beleuchtete Reklametafeln, die eine Beleidigung für das Auge sind. Mein Vorschlag: Zur Genehmigung einer jeden Leuchte an einer Reklametafel muss der Betreiber gleichzeitig die Kosten für ein Leuchte im öffentlichen Raum, besonders in Parks, übernehmen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün werden Wege in öffentlichen Grünanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet. Beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stehen daher auch keine Mittel für die Beleuchtung von Wegen in Grünanlagen zur Verfügung. Grundsätzlich werden nur gewidmete Wege beleuchtet und vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik baulich unterhalten.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
88	4343	Reitwegenetz

Vorschlagstext

Die Reiter mit eigenem Pferd und Wohnort in Köln zahlen jährlich eine Abgabe zur Unterhaltung des Reitwegenetzes. Im Stadtwald gibt es recht nette Reitwege. Von Widdersdorf aus kann man diese Reitwege aber mit dem Pferd nur über "viel Asphalt" erreichen. Mein Vorschlag: einen Reitweg einzurichten, über den man das Reitwegenetz im Stadtwald möglichst gefahrlos erreichen kann; z.B. durch den künftigen Landschaftspark "Belvedere"

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Die Planung des künftigen Landschaftsparks „Belvedere“ ist abgeschlossen, ein Reitwegenetz in dem Bereich ist nicht vorgesehen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Lindenthal

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
89	1078	Die Zukunft der Azubis

Vorschlagstext

Ich finde das das Geld dafür investiert werden sollte um den Azubis der Stadt Köln eine Zukunft zu bieten. Denn es werden besonders beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen noch viele Gärtner benötigt um die Grünanlagen zu pflegen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Sofern vakante Stellen vorhanden sind, werden diese mit geeigneten Ausbildungskräften besetzt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Stellen nach den festgelegten Sollzahlen sind im Grünbereich besetzt bzw. es werden vakante oder vakant werdende Stellen nachbesetzt. Entsprechenden Personalauswahlverfahren sind eingeleitet. Die vorgesehene Zusetzung einer/eines zusätzlichen Gartenbauingenieurs/in und Gärtnermeisters/in konnte durch Verzögerungen im Stellenfreigabeverfahren noch nicht realisiert werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
90	2961	Niehler Straße muß schöner werden !

Vorschlagstext

Die Niehler Straße ist ein Schandfleck! Nur Autos, LKWs, die mit oft mehr als 50 km/h durchfahren. Abgase ohne Ende! (Auch von den KVB-Bussen). Die Niehler Straße braucht Bäume!! Nicht nur an die Amsterdamer Straße oder die Neusser Straße denken ! Auch an der Niehler Straße leben Menschen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. Es ist jedoch eine Prüfung erforderlich. Die Niehler Straße ist in ihrer gesamten Länge vom Profil unterschiedlich strukturiert, wobei es durchaus Abschnitte gibt, die für eine potentielle Straßenbaumpflanzung interessant erscheinen. Die Westseite zwischen Flora- und Xantener Straße ist so ein Abschnitt und müsste untersucht werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Nippes

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Untersuchung zur Eignung der Baumstandorte wurde zurückgestellt, da die Umprofilierung der Niehler Straße im Zusammenhang mit der künftigen Nutzung des Clouth Geländes zu sehen ist. Die Begrünung ist Bestandteil der Umprofilierung und wird vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik im Rahmen der Planung berücksichtigt. Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
91	1072	Für die Kinder

Vorschlagstext

Es sollte mehr für die Kinder getan werden, da es immer weniger Spielplätze gibt. Bestes Beispiel in Köln/Buchheim Gronauer-Str. Dort sind 3 Spielplätze mit Sandkasten abgeschafft worden. Daher denke ich das mehr für Kinder getan werden sollte. Vielen Dank

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Spielplätze Gronauer Straße sind/waren Privat-Spielplätze. Welche Möglichkeiten bzgl. neuer öffentlicher Spielplatzflächen gegeben sind, muss vor Ort geprüft werden. Falls diese gefunden sind, muss zur Ermittlung der anfallenden Kosten im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geklärt werden, dies gilt auch für die zu installierenden Spielelemente. Eine Quantifizierung der Kosten ist daher kurzfristig nicht möglich.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Neue Flächen sind noch in der Prüfung.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
92	5096	Parkanlage Theodor-Heuss-Ring

Vorschlagstext

Gestaltung des Parks nach altem Muster. Fliesenleger-Innung hatte mal Patenschaft über kleine Brunnenanlage übernommen. Nichts ist geschehen. Instandsetzung der Steinarbeiten. Wasserfontäne (klein) inmitten des kleinen Sees. Attraktivität einer Großstadt (siehe Hamburg). Bepflanzung der Schmuckanlage gegenüber Bastei. Früher geschehen. Heute eingestellt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. 1) Die kleine Brunnenanlage ist zurückgebaut und ist nicht mehr als Brunnen zu nutzen. Die Wiederherstellung der Schmuckanlage ist aufgrund finanzieller und personeller Gründe nicht möglich. 2) Die Kosten für den Springbrunnen im Teich belaufen sich auf ca. 6.000 EUR. Die Verwaltung steht hier mit einem Anwohner in Kontakt, der sich im Rahmen des Sponsorings beteiligen möchte. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Das Sponsoringverfahren konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
93	4112	Behindertengerechte Überwege im Grüngürtel

Vorschlagstext

Im Grünverbund Stadtwald-Decksteiner Weiher wird die Überquerung beidseits der Straßenbahnschienen durch Absperrungsgeländer gesichert. Zweiräder passen hindurch, nicht jedoch die Dreiräder der Behinderten. Es war mehrfach mit anzusehen, wie die Behinderten aus den Dreirädern hinaus mußten und Passanten die Räder zu zweit über die Absperrungen heben mußten. Bitte diese Engpässe beseitigen, bzw. behindertengerecht gestalten!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. In der Regel müssen die Überwege aus Sicherheitsgründen durch Geländer gesichert werden (Z-Überweg, um Blickbeziehungen zwischen ankommenden, bevorrechtigten Bahnen und Passanten zwingend zu erzeugen). Ob eine Aufweitung möglich ist, hängt von der jeweiligen individuellen Situation ab. Hier handelt es sich um einen älteren Überweg der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK). Die HGK wird daher um Klärung des Sachverhaltes gebeten. Ob Abhilfe möglich ist und was dies ggf. kostet, kann sich nur im Rahmen einer örtlichen Überprüfung des Überwegs ergeben.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es liegt noch keine abschließende Stellungnahme zu dem Überweg vor.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
94	3104	Spielplätze hundesicher

Vorschlagstext

Die Hinterlassenschaften von Hunden auf Kinderspielplätzen stellen nicht nur ein Ärgernis für Kinder und Eltern, sondern auch ein nicht zu unterschätzendes Gesundheitsrisiko dar. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf. Einfache Lösungen gibt es bereits: Am Eingang zum Spielplatz sollten Gitterroste in den Boden eingelassen sein, die von Hunden bekanntlich nicht betreten werden. Ansonsten reicht ein niedriger Zaun.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Anbringung von Gitterrosten wird im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt, ist aber nicht überall möglich. Die entstehenden Kosten können jeweils nur im Einzelfall bei der entsprechenden Sanierungsmaßnahme ermittelt werden. Zäune werden nur zum Schutz der Kinder aufgestellt, Hunde auf Kinderspielplätzen sind grundsätzlich verboten.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
95	1606	Park beleuchtung Vorgebirgs-Park

Vorschlagstext

Der Vorgebirgspark wird schon ab 18:00 Ugr nicht mehr beleuchtet. Viele Parkbesucher, vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen, trauen sich nicht, nachts durch den Park zu fahren und nutzen dann gezwungener Weise den Bischofsweg, eine laute und viel befahrene Straße. Es wäre schön, wenn man auch Abends wieder ohne Angst den Park nutzen könnte.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Die Anschaltung der Parkbeleuchtung bzw. der beleuchteten Wege erfolgt mit einem Signal zur Einschaltung der Straßenbeleuchtung. Nach einer Einbrennzeit von 15-20 Minuten wird die Beleuchtung in den Parks grundsätzlich ausgeschaltet, im Vorgebirgspark gibt es keine Ausnahmeregelung. Diese soll auch nicht geschaffen werden, denn in zumutbarer Entfernung gibt es beleuchtete Straßen und Wege, die ohne größere oder zeitaufwändige Umwege genutzt werden können. Grundlage für die Nichtbeleuchtung der Parks ist der Beschluss des Ausschuss Grün und Umwelt vom 29.01.2004. Ausnahmen sind grundsätzlich möglich, ein Erfordernis sollte dann allerdings (zuständigkeitshalber) durch das Grünflächenamt begründet und ein entsprechender Ausnahmebeschluss herbeigeführt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
96	1667	Bänke

Vorschlagstext

Bürger macht den Vorschlag im Rheinpark mehr Sitzplätze zu schaffen besonders im Bereich des Spielplatzes.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

2007 wurden im Rheinpark alle Bänke gegen neue ausgetauscht und an zusätzlichen Standorten neue Bänke installiert. Insgesamt stehen nun 150 Bänke in der Parkanlage, die Bankausstattung ist damit bedarfsgerecht erfolgt und abgeschlossen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Innenstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
97	1137	Grünfläche Nippesser Tälchen mit Mülleimern ausstatten

Vorschlagstext

Der schöne Park 'Nippesser Tälchen', der von vielen Familien und Hundefreunden genutzt wird, hat in den letzten Monaten/Jahren leider die meisten seiner Mülleimer durch Vandalen verloren. Leider fehlen die bis heute noch, was etwa mich als Hundebesitzer zwingt das Tütchen mit dem Häufchen eine ganze Runde mitzuschleppen. Viele Leute schmeißen ihren Müll an die Stelle der alten Mülleimer, der dann nachts von den Füchsen verteilt wird. Ich bin mir sicher, dass alle von mehr Mülleimern im Tälchen profitieren. Die Eltern, die keine Sorge haben müssen, dass ihre Kinder durch den teilweise gefährlichen Müll stapfen; die Spaziergänger, die sich an der schönen Natur erfreuen können, ohne Schandflecke und die Hundebesitzer, die Platz für Ihr Tütchen finden und letztendlich die Kölner Abfallbetriebe, die weniger Arbeit haben. 3 Mülleimer, die an den alten Stellen, wo welche standen, wieder hingebaut werden, reichen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehälter aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
------------------	---------------

UGG	Nippes
-----	--------

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
98	838	Vermüllte Grünflächen

Vorschlagstext

Nach schönen Tagen sehen die Rasenflächen zwischen Aachenerstr. und Gleuelerstr. aus wie eine Müllhalde. Ich nehme an, dass das auch auf andere Erholungsflächen zutrifft. Wenn die Verstöße gegen den Bußgeldkatalog häufiger geahndet würden, könnte man mit dem eingenommenen Geld sicherlich die zusätzlich erforderlichen Ordnungskräfte finanzieren. Ein Teil des Mülls auf den Rasenflächen ist aber sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die vorhandenen, zum Teil viel zu kleinen, Abfallbehälter nicht bedarfsgerecht geleert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant. AWB: Die Reinigung der Grünflächen rings um den Aachener Weiher obliegt einem freien Träger und wird derzeit mit Harz IV Kräften durchgeführt. An schönen Wochenenden im Sommer erfolgt sonntags zusätzlich eine sog. Picknickreinigung durch die AWB. Im Auftrag der Stadt Köln werden die Abfallwirtschaftsbetriebe 5 Unterflurbehälter (Fassungsvolumen pro Behälter 5 cbm) am Weiher installieren und für die regelmäßige Entleerung sorgen. Die bisherigen Container werden dann eingezogen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot in städtischen Grünanlagen. Die genannten Bereiche werden schwerpunktmäßig überwacht. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Eine personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion. Die 5 Unterflurbehälter (Fassungsvolumen: 5 cbm) wurden am Aachener Weiher installiert und werden regelmäßig durch die AWB entleert. Durch die unterirdische Abfallsammlung entsteht keine Geruchsbelästigung mehr. Die Einwurfsäule der Unterflurbehälter haben einen breiten Einwurf und Deckel. Der Einwurf stellt sicher, dass auch größere Abfälle wie z. B. ein Einwegholzkohlegrill problemlos entsorgt werden können. Der Deckel verhindert, dass Tiere angelockt werden.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
99	8553	Hundekot

Vorschlagstext

Der neue Spielplatz in Sürth zwischen Heinrich-Erpenbach- und Elisabeth-Selbert-Straße wird als Klasse Hunde-Klo mißbraucht. Hier müssen dringend Kontrollen- am Besten morgens zw. 7 und 9 Uhr- und auch Strafen in Form von Bußgeldern her. Anders kapiere die Leute es nicht. Ich bin übrigens selbst Mutter und Hundehalterin, gehe grundsätzlich mit Beuteln und sammele auch ein, was mein Hund hinterlässt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007 wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
AVR	Rodenkirchen

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot in städtischen Grünanlagen. Die genannten Bereiche werden schwerpunktmäßig überwacht. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Eine personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
100	5838	Spielplatz Leyendeckerstr./Ecke Thielenstraße

Vorschlagstext

Der Spielplatz ist in einem sehr traurigen Zustand und lädt nicht zum Spielen ein. Die wenigen Spielgeräte sind aus einfachen, alten Metallrohren, von denen der Lack bereits abblättert. Vielleicht ist dies der Grund, weshalb der Spielplatz immer verwaist ist. Hier sollten schönere Spielgeräte aufgestellt werden oder aber, falls tatsächlich keine Nutzung mehr gewünscht wird, eine "grüne Ecke" mit blühenden Pflanzen und Bäumen angelegt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Spielplatz Leyendeckerstraße/Thielenstraße ist schwermetalbelastet. Mit der Planung zur Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes wird 2008 begonnen. Der Platz wird auch durch die Schule mit Ganztagsbetrieb vermehrt genutzt.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Ehrenfeld

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.
